

Arbeit&Wirtschaft



Kraftvoll

Eine junge, mutige Generation, hellwach und hoch politisch, ist bereit, ihre Zukunft zu gestalten. Starke Stimmen erzählen, wie.

Dort sein, wo der Schuh drückt / 30

ÖGJ-Vorsitzender Richard
Tiefenbacher im Interview

Ein toter Planet hat keine Jobs / 16

Umweltkrise und soziale Frage
gemeinsam denken

#4



EVA WINTERER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DÖRNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Christian Bunke, Christian Domke-Seidel, Wolfgang Dörninger, Johannes Greß, Thomas Jarmer, Stefan Mayer, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Eva Reisinger, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss, Eva Winterer, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudorf**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 für Lehrlinge, Student*innen und Pensionist*innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autor*in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter*innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Hinter den Kulissen

Richard Tiefenbacher, der neue Bundesvorsitzende der ÖGJ, bei seinem ersten großen A&W-Interview. Kräftige Ansagen, starke Bilder und die feste Überzeugung, dass die Jugend mehr verdient als leere Worte und Versprechungen. Das gesamte Interview lesen Sie ab **Seite 30** und online auf arbeit-wirtschaft.at.



Für diese Ausgabe ist unser Fotograf **Markus Zahradnik** durch Österreich gefahren und hat die Gesichter der kräftigen jungen Stimmen in diesem Heft eingefangen. So auch jenes von Niklas Niskate. Den Artikel „Ein toter Planet hat keine Jobs“ lesen Sie ab **Seite 16**.

Stark sein geht nur gemeinsam



EVA WINTERER
CHEFIN VOM DIENST

Gleich zu Beginn geht ein großer Dank an alle, die gemeinsam mit mir meine erste Ausgabe gestemmt haben. Alle, das sind das A&W-Team sowie die Kolleg:innen von ÖGJ und Arbeiterkammer. Denn aller Anfang ist schwer.

An die jungen Leser:innen dieser Ausgabe: Es ist eure Ausgabe! Ihr habt starke Stimmen, wie ihr in den Interviews unter Beweis stellt. Ihr wisst, was ihr wollt – eine soziale, gerechte und lebenswerte Zukunft. Fordert den Respekt ein, der euch gebührt und gewährt Respekt gegenüber der Erfahrung der älteren Generationen.

Und an meine Generation und darüber hinaus gerichtet: erinnert euch, was haben wir in unseren jungen Jahren gemacht? Wir sind auf die Straße gegangen, haben lautstark gemeinsam mit Hunderttausenden für Frieden demonstriert, gegen die Atomwaffenstationierung, Kraftwerke und Abtreibungsparagrafen – von der 68er-Generation ganz zu schweigen. Wir erlebten einen Aufbruch in ein sozialeres, offenes und nach vorne gewandtes Österreich.

Die Aussagen der vielen jungen Menschen, die in dieser Ausgabe zu Wort kommen, zeigen eine neue, mutige Generation, hellwach und hoch politisch, die den Willen hat, etwas zu verändern. Das Lesen ihrer Statements, ihrer Überlegungen und ja, trotz der schwierigen und belastenden Zeit, auch ihrer Aufbruchstimmung stimmt sehr optimistisch für die Zukunft. Die Bewältigung der Klimakrise darf jedoch nicht zu einer Frage des Gegeneinanders der Generationen werden. Denn im Grunde genommen ist es eine Systemfrage – also die Frage, ob die Form des ungehemmten Wirtschaftens und der Profitmaximierung auf Kosten der Mehrheit der Menschen und der Natur tatsächlich zukunftsfähig ist.

Sollten wir dieses System nicht gemeinsam – generationenübergreifend – verändern? Denn im Grunde wissen wir – die ältere Generation – seit Langem, dass etwas nicht passt. Wir kritisieren es auch ständig, aber unsere Stimmen waren – warum auch immer – nicht laut genug. Die lauten, kräftigen, jungen Stimmen sind jetzt da. Sie wissen, was sie wollen, sie wissen, was schief läuft, und sie sind bereit, es zu verändern. Unterstützen wir die Jugend, nehmen wir sie ernst – so wie die Generationen davor auch immer den Respekt der Älteren erwartet und eingefordert haben. ▀

Inhalt

JUGEND FORDERT ZUKUNFT

06 Junge Menschen stehen heute vor einer instabilen Zukunft. Die Gegenwart bestimmen Krieg, Teuerungen und Klimakrise bestimmen die Gegenwart, während die Pandemie immer noch nachwirkt. Wie sehen sie ihre Zukunft und was brauchen sie, um diese zu gestalten?

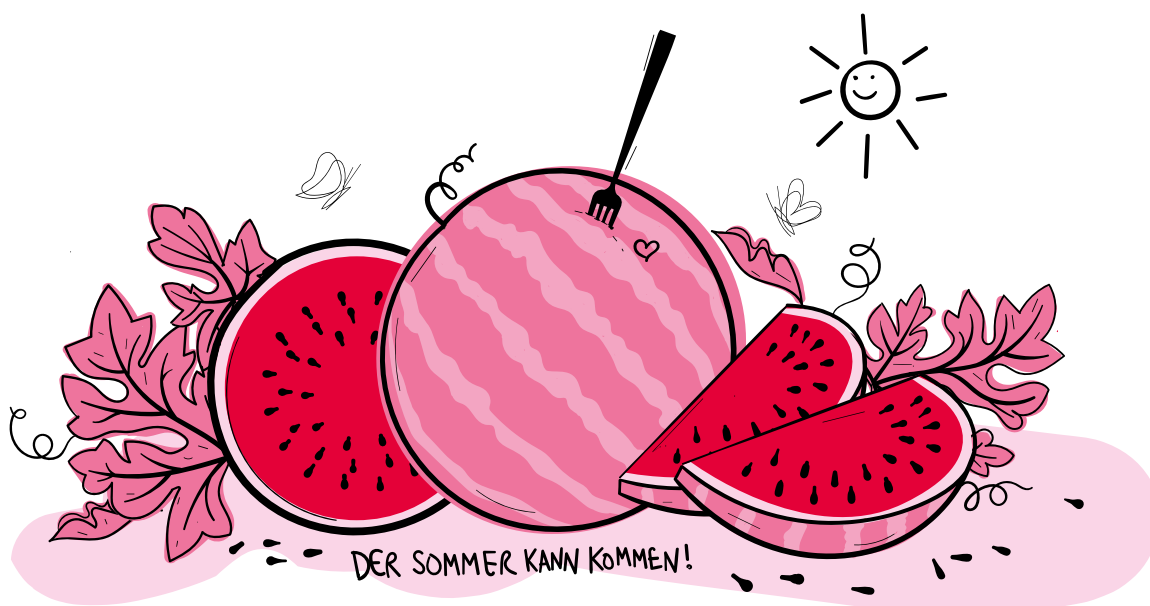
IM SCHATTEN DES SCHEINWERFERLICHTS

18 Sie fühlen sich vergessen und übersehen. Gerade junge Menschen sahen sich während der Pandemie von der Politik viel zu wenig vertreten. Vier junge Menschen erzählen über ihre Erfahrungen, Forderungen und Zukunftsperspektiven.

DORT SEIN, WO DER SCHUH DRÜCKT

30 Richard Tiefenbacher, Bundesvorsitzender der ÖGJ, führt eine der größten Jugendorganisationen Österreichs – er fordert die Jugendlichen auf, für ihre Interessen einzutreten, gegen mangelhafte Strukturen – wie etwa in Lehrberufen – aktiv zu werden und zu verändern.

Wie mächtig ist die Jugend von heute?	11
Die „große Frage“ beantwortet von Ali Mahlodji	
Wir sind hier, wir sind laut	12
Eine junge Generation kämpft für ihre Zukunft	
Ein toter Planet hat keine Jobs	16
Umweltschutz geht nur als Bündnispolitik	
Das Glas ist halb leer	22
Die schwierige Situation von Lehrlingen in der Pandemie	
Vertrauen schaffen	24
Wem die Jugend vertraut und ihre Sicht auf Korruption	
Starke Lobby im Betrieb	26
Wie junge Jugendvertrauensrät:innen mitbestimmen – ein Einblick	
Führerkult und Jugendkult	34
Über die langfristigen Konsequenzen der NS-Jugendpolitik	
Alles eine Frage des Geldes?	36
Wie Einkommen und politisches Verhalten zusammenwirken	
Über 100.000 junge Menschen mit geringer Bildung	39
Ein Beitrag aus dem A&W-Blog	
Hoffnung auf sichere Zukunft	40
Über die Berufsausbildung junger Geflüchteter	
Politisch ist Europa weit weg	44
Österreich ein Vorbild für politisches Engagement?	
Raus aus den Krisen	46
Das letzte Wort hat Fiona Herzog	



DEINE MEINUNG
ist uns
WICHTIG!

Die große Arbeit&Wirtschaft- Leser:innen-Befragung startet!

Ihr wisst, wir vertreten klare Meinungen. Und jetzt wollen wir eure so richtig kennenlernen!

Was erwartet ihr von der Arbeit&Wirtschaft, wie steht ihr zu unseren Themen und wie kann der Medienmix aus Print und Online eurer Nutzung ideal entgegenkommen?

Relevante Information in bester Qualität, zugeschnitten auf euren Bedarf in der jeweiligen Lesesituation – das schaffen wir am besten mit eurem offenen Feedback.

Bitte nimm dir ein paar Minuten, um die Welt der Arbeit&Wirtschaft mitzugestalten und an unserer großen Leser:innen-Befragung teilzunehmen, die wir gemeinsam mit dem IFES-Institut durchführen.

**Wir freuen uns sehr auf deine Sicht der Dinge, auf deine Erwartungen,
Vorstellungen und Wünsche, um sie als konkrete Herausforderung
für unsere Weiterentwicklung zu verwenden.**

www.arbeit-wirtschaft.at/umfrage



Jugend fordert Zukunft

Junge Menschen stehen heutzutage vor zahlreichen Herausforderungen. Die Welt ist unsicherer geworden. Krieg, Teuerungen und Klimakrise bestimmen die Gegenwart, während die Pandemie immer noch nachwirkt. Wie schauen junge Arbeitnehmer:innen in die Zukunft und was brauchen sie, um diese zu gestalten?

TEXT CHRISTIAN BUNKE



Ilkim Erdost beschäftigt sich schon lange mit diesen Fragen. Zuvor als Geschäftsführerin der Wiener Jugendzentren und heute als Bereichsleiterin für Bildung und Konsumentenschutz bei der AK Wien, hat sie eine Priorität: der Jugend mehr Mitbestimmung zu ermöglichen. Sie findet: „Es muss mit den Jungen gesprochen werden und nicht über sie.“

Zukunft geht nicht ohne die Jungen. Da ist sich Ilkim Erdost sicher. Allerdings gebe es viele Herausforderungen: „Pandemiefolgen, Absicherung des Sozialstaates und Klimakrise betreffen besonders die junge Generation.“ Die vergangenen Monate hätten für die Jugendlichen vor allem Verzicht bedeutet. Ihnen fehle es an Erfahrungen und Gemeinschaft. „Junge Menschen kämpfen mit hohen Mieten, Teuerung und Wettbewerbsdruck im Job und im Privaten.“ Es sei aber eigentlich nicht die Jugend, die sich in der Krise befinde: „In der Krise sind die Art und Weise, wie wir wirtschaften und arbeiten – aber nicht unsere Kinder und Jugendlichen. Die sind fit und alert.“ Das gelte es zu nutzen: „Die Politik kann es sich nicht leisten, auf die Jungen zu vergessen. Es ist ihre Zukunft, um die es geht. Deshalb müssen junge Menschen in alle Zukunftsfragen mit eingebunden werden.“

Zwei Aspekte hebt Ilkim Erdost besonders hervor: einen politischen und einen betrieblichen. Politisch geht es ihr um die Frage des Wahlrechts. „Viele in Österreich geborene junge Menschen besitzen kein Wahlrecht. Daran ist das restriktive Staatsbürgerschaftsrecht schuld. Damit haben wir sie vom demokratischen System ausgeschlossen.“ Das könne nicht sein: „Hier geborene Menschen müssen ein Wahlrecht besitzen.“ Das unterstreichen die Zahlen des Integrations- und Diversitätsmonitors der Stadt Wien: 30 Prozent haben aufgrund einer fehlenden österreichischen Staatsbürgerschaft kein Wahlrecht, bei den 20- bis 24-Jährigen sind es sogar 38 Prozent.

Doch die Demokratie dürfe nicht am Werkstor enden. „Was als Fachkräftemangel von manchen Branchenvertreter:innen oft beklagt wird, ist im Grunde ihr Mangel an Respekt gegenüber der Arbeit, die geleistet wird“, so Ilkim Erdost. Diesen Mangel an Respekt trage die Jugend nicht länger mit: „Billige Arbeitskraft sein, nicht mitreden dürfen und immer kuschen, wenn der Chef seltsame Aufträge gibt – unsere Jugendlichen lassen sich das nicht mehr gefallen. Die Zeiten sind vorbei.“

Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität

Tatsächlich beschäftigt heute viele Lehrlinge die Frage nach der Zukunft und die Suche nach einem stabilen Leben in instabilen Zeiten. So berichtet Sandra Spiroch, Jugendvertrauensrätin bei den Wiener Netzen, von Diskussionen mit ihrer Verwandtschaft: „Ich habe mit meinen Eltern über die Arbeit bei den Wiener Netzen geredet. Die haben mir dazu geraten. Es ist ein sicherer Job. Sie haben gemeint: Du möchtest ja bis zur Pension dort bleiben.“ Für Spiroch scheint sich der Rat der Eltern gelohnt zu haben. Die seit 2019 aus-

gelernte Bürokauffrau fühlt sich wohl in dem Unternehmen: „Es ist wie eine Familie. Ich bin sehr herzlich aufgenommen worden. Und auch während der Pandemie gab es bei uns keine Sorgen und keine Entlassungen.“

Die Klimakrise findet Spiroch wichtig, doch es sind vor allem die Auswirkungen von Covid-19, die sie derzeit beschäftigen: „Die Gesundheit der Lehrlinge steht für uns im Jugendvertrauensrat derzeit im Vordergrund. Die Pandemie hat den jungen Leuten zugesetzt. Man hat auf uns vergessen, dabei sind wir die Zukunft.“

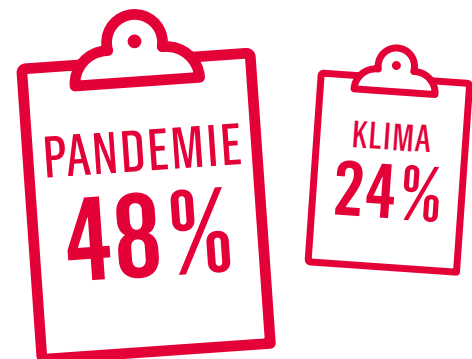
*„In der Krise sind die Art und Weise,
wie wir wirtschaften und arbeiten –
aber nicht unsere Kinder und Jugendlichen.
Die sind fit und alert.“*

Ilkim Erdost,
Bildung und Konsumentenschutz, AK Wien

Ähnlich sieht es Irene Stefka, Bürokauffrau bei den Wiener Linien und Jugendvertrauensratsvorsitzende. Ihr ist wichtig, dass ihr Arbeitsplatz Stabilität für die Lebensplanung bietet. „Die Wiener Linien sind ein sicherer Arbeitsplatz“, sagt sie. „Immer mehr Leute verhalten sich umweltbewusst und fahren mit den Öffis. Das U-Bahn-Netz wird ausgebaut. Es gibt mehr Busse und Straßenbahnen.“ Als Beispiel für die Zukunftsfähigkeit ihres Arbeitsplatzes führt Stefka den Bau der sogenannten „Lehrwerkstätte 2.0“ in Wien-Simmering an. Dort werden aktuell 200 Lehrlinge ausgebildet. Mit dem Neubau sollen es ab Herbst 2023 bis zu 480 sein, also doppelt so viele. „Da wird viel mit nachhaltigen Materialien gebaut. Es kommen neue Technologien und Digitalisierung“, erzählt sie.

Dringendste politische Anliegen junger Menschen

Quelle: SORA, 2021





„Es wird Zeit, dass die Politik sich bewusst wird, dass wir jungen Menschen die Zukunft sind“, fordert Aylin Durukan.

Zukunftsängste im Job

Dass Zukunftsangst unter jungen Menschen und Lehrlingen ein großes Thema ist, das findet Sarah Popernitsch, die im Jugendvertrauensrat der Stadt Wien aktiv und außerdem stellvertretende Landesjugendvorsitzende der Gewerkschaft youunion ist. Vielen jungen Kolleg:innen bereitet die drohende Klimakatastrophe Sorgen: „Die Klimakrise betrifft uns junge Leute überproportional stark. Die Emissionen müssen in neun Jahren um die Hälfte gesunken sein, um das 1,5-Grad-Ziel am Leben zu halten. Da müssen alle an einem Strang ziehen.“ Unter den Lehrlingen äußere sich das oft in individuellen Lebensentscheidungen. „Beim Führerschein fällt mir oft auf, dass Lehrlinge fragen: Soll ich den machen? Brauche ich den wirklich? Viele fahren lieber mit dem Zug oder ernähren sich vegan. Eine Freundin hat mir gesagt, dass ihr das Klimathema echt auf die Psyche schlägt. Sie hat Angst, durch ihr Verhalten die eine Person zu sein, die Schuld daran hat, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht erreicht wird.“

Aylin Durukan kennt diese und viele weitere Probleme aus eigener Erfahrung. Seit 2016 ist sie Jugendvertrauensrätin. Ihre Ausbildung zur Bürokauffrau hat sie bei den Wiener Netzen gemacht. „Die meisten Probleme fallen uns in persönlichen Gesprächen auf“, sagt sie. Diese seien unbedingt nötig, um überhaupt erst das Vertrauen einer Person zu gewinnen. „Meistens ist es sehr schwierig für die Personen, über ihre Sorgen offen zu sprechen. Auch deshalb, weil sie meistens im Betrieb nicht ernst genommen wurden beziehungsweise ihnen nie zugehört wurde. Wir gehen auf die Personen zu und versuchen eine gemeinsame Lösung zu finden.“

Dies dürfe aber nicht auf der individuellen Gesprächsebene stehen bleiben, findet Durukan. Die Politik sei auf vielen Ebenen gefordert. „Es braucht einen Ausbau der psychosozialen Infrastruk-

tur sowie kostenlose Psychotherapie. Berufsschulgebäude brauchen dringend eine Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive. Und die Lehre muss attraktiver gemacht werden. Lehrlinge verdienen dieselbe Wertschätzung wie AHS- oder HAK-Schüler:innen.“ Außerdem müsse das Schulstartgeld auf die Sekundarstufe 2 ausgeweitet werden. Der Facharbeiter:innenfonds gehöre verdoppelt. „Es wird Zeit, dass die Politik sich bewusst wird, dass wir jungen Menschen die Zukunft sind. All die Probleme, die sie jetzt ignorieren, werden fatale Auswirkungen in der Zukunft bringen.“

An die Wurzel der Probleme gehen

Derartige Maßnahmen würden einen ersten Versuch einer symptomatischen Bekämpfung der immer unvermittelter auf die Menschen in Österreich einprasselnden Krisenphänomene darstellen. Es stellt sich aber auch die Frage, wie die Probleme an ihrer Wurzel angegangen werden können. Antworten darauf versucht das 2019 veröffentlichte Papier „Just Transition – Klimaschutz demokratisch gestalten!“ zu finden. Dieses Papier wurde neben der AK Wien von den Einzelgewerkschaften PRO-GE, vida und youunion unterzeichnet. Daneben gehören die NGOs Attac, Global 2000 sowie Greenpeace zu den Initiatoren sowie die Gruppe „System Change not Climate Change“.

Manche der im Dokument angesprochenen Themen sind inzwischen in Österreich angekommen. So heißt es zu Beginn des „Just Transition“-Papiers über die kommenden Auswirkungen der Klimakrise: „Personen mit geringem Einkommen werden sich Lebensmittel, Energie und Mobilität nicht mehr leisten können – auch in Österreich.“ Es reicht ein kurzer Blick auf die eskalierende

Teuerungsrate bei Lebensmitteln, Strom oder Gas, um den Wahrheitsgehalt dieser Aussage zu erkennen.

„Just Transition“, zu Deutsch: „gerechter Übergang“, fordert eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung, um der Klimakrise zu begegnen. Angedacht ist ein „demokratischer Prozess, der Mitsprache und Mitentscheidung auf allen Ebenen ermöglicht: in den Betrieben, auf der Ebene von Gemeinden und Ländern bis hin zur bundesweiten, europäischen und internationalen Ebene“. Voraussetzung dafür sei ein gut ausgebauter Sozialstaat, um „Veränderungen sozial gerecht zu begleiten“. Nur so könne „ein gerechter Übergang für alle sichergestellt werden“.

Von der Theorie zur Praxis

Für Richard Tiefenbacher, den Vorsitzenden der ÖGJ, ist eines klar: Ein solcher Übergang ist nur gemeinsam mit den arbeitenden Menschen möglich. „Arbeitnehmer:innen und vor allem junge Menschen müssen aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Nur so ist ein sozial gerechter Wandel zu einer ökologischen Wirtschaft möglich.“ Dies gelte auch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt. „Klar ist, grüne Jobs müssen auch gute Jobs sein“, so Tiefenbacher. „Nur gemeinsam können wir ein gutes Leben für alle erkämpfen. In der Klimafrage heißt das, dass sogenannte grüne Jobs auch immer gute Jobs mit einer fairen, kollektivvertraglich gesicherten Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen sein müssen.“ Eine ganze Reihe von Branchen erfahre durch die Klimakrise einen Bedeutungszuwachs. Die von Tiefenbacher aufgezählte Bandbrei-

te reicht von der Abfall- und Ressourcenwirtschaft über die Energie- und Gebäudetechnik bis hin zur Forschung. „Hier braucht es Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme, damit Arbeitnehmer:innen nicht auf der Strecke bleiben.“ Auf einem „toten Planeten“ gebe es „weder Leben noch Jobs“, gibt sich Tiefenbacher überzeugt. „Deshalb brauchen junge Menschen ein Angebot an klimafreundlichen Lehrstellen und Ausbildungen.“

Dass gerade für Lehrlinge die Frage des Übergangs nicht nur Probleme, sondern auch Chancen bedeutet, sieht Thomas Moldaschl von der Abteilung Lehrausbildung und Bildungspolitik der AK Wien. „Das sind zwei Ebenen, auf denen der Klimaaspekt abgebildet ist“, sagt Moldaschl. „Vieles baut auf bestehende Lehrberufe auf.“ So gibt es etwa in der Elektrotechnik das Spezialmodul „erneuerbare Energie“, bei Kfz den Bereich „Elektromotoren“ und im Bereich Photovoltaik Schulungen für Dachdecker:innen. Gefragt sei auch der Lehrberuf Installations- und Gebäudetechnik. „Hier geht es unter anderem um den Austausch von alten Öl- und Gasheizungen.“

Allerdings hänge viel davon ab, welches technische Know-how in einem Ausbildungsbetrieb vorhanden sei. „Man muss Betriebe viel mehr dabei unterstützen, Klimatechnik zu vermitteln. Vor allem Kleinbetriebe, die einen großen Teil der Lehrausbildung ausmachen, stehen dabei vor Herausforderungen. 60 Prozent aller Lehrlinge sind in Betrieben, die weniger als 250 Beschäftigte haben. 15 Prozent sind in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten. Diesen Betrieben muss man zur Seite stehen.“ Tue man dies nicht, habe dies für die Lehrlinge nachteilige Konsequenzen: „Wenn sich zum Beispiel ein Lehrbetrieb nicht mit dem Wechsel von Ölhei-



Sarah Popernitsch appelliert: „Die Klimakrise betrifft uns junge Leute überproportional stark. Es müssen alle an einem Strang ziehen.“



Das sieht auch Lucia Steinwender: Klimagerechtigkeit und Gewerkschaftsbewegung gehören zusammen.



Für Irene Stefka bedeutet ein stabiler Arbeitsplatz, dass das Unternehmen zukunftsfähige Arbeitsplätze anbietet.

Sandra Spiroch ging es bei der Berufswahl auch darum, ein stabiles Leben aufbauen zu können – besonders in instabilen Zeiten.

zungen befasst, dann können den Jugendlichen diese Inhalte nicht vermittelt werden.“ Gleichzeitig gebe es nicht genug Betriebe, die ausbilden, also in die Qualifikation investieren.

„Genau die braucht es aber, um den Wandel in der Breite zu verankern. Unternehmen sollten bereit sein, mehr Geld für Nachhilfeunterricht in die Hand zu nehmen oder Lehrlinge in Weiterbildung zu schicken. Denn fehlt diese Bereitschaft, bleibt es nur beim chronischen Jammern.“

Manchen Berufen fehle auch einfach die Attraktivität, weswegen junge Fachkräfte zunehmend fernblieben. Dies sei zum Beispiel in der Pflege der Fall. „Hier gibt es keinen Mangel an Interesse. Aber aufgrund langer Arbeitszeiten, schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger Gehälter steigen die Leute nach einigen Jahren aus dem Beruf aus. Das ist ein von den Betrieben hausgemachter Mangel.“ Nicht in allen Fällen müsse das Rad neu erfunden werden, meint Moldaschl. „Die Inhalte von Berufen ändern sich. Aber viele Berufe an sich bleiben erhalten. So wird es auch in Zukunft Maurer:innen geben. Der Schwerpunkt verlagert sich aber auf klimafreundliche Materialien und Techniken, zum Beispiel in der Wärmedämmung. Auch in der Kfz-Branche wird es noch sehr lange Verbrennungsmotoren geben und daher Fachkräfte brauchen, die sich mit deren Wartung und Instandhaltung auskennen.“

Beginn einer Debatte

Dass eine Strategie des gerechten Übergangs differenzierte Antworten geben müsse, dieser Meinung ist Michael Soder, Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien. Er macht deutlich: „Der Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft betrifft auch die Art und Weise, wie wir arbeiten, produzieren und konsumieren.“ Er sieht Staat und Unternehmen in der Pflicht, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen. Der Strukturwandel verlange „eine Anpassung oder Weiterentwicklung bestehender

Qualifikationen und Fähigkeiten“. Der Arbeitsmarktpolitik und den Unternehmen komme die Aufgabe zu, entsprechende Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote einzurichten. Hier braucht es eine Ausweitung des Fachkräftestipendiums sowie einen Rechtsanspruch auf ein existenzsicherndes Qualifizierungsgeld während der notwendigen Aus- und Weiterbildung.“ Daneben sei es nötig, keinen zurückzulassen. „Menschen, die im Zuge der Transformation ihren Arbeitsplatz verlieren, soll dabei ein nachhaltiger Arbeitsplatz zu einem sozialpartnerschaftlich festgelegten Mindestlohn und entsprechenden Qualitätsanforderungen garantiert sein.“

Ähnliche Fragen werden auch schon längst unter den jungen Aktivist:innen der Klimabewegung diskutiert. Eine von ihnen ist Lucia Steinwender von der Gruppe „System Change not Climate Change“. Sie war am 1. Mai auf der Straße, um zu zeigen: Klimagerechtigkeit und Gewerkschaftsbewegung gehören zusammen. Zwar habe die Klimabewegung hier noch deutlichen Aufholbedarf, es gebe aber inzwischen auch positive Beispiele: „In Deutschland haben Klima-Aktivist:innen sich mit Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr solidarisiert, um sie bei ihren Kollektivvertragsverhandlungen zu unterstützen“, sagt Steinwender. „In München gab es eine Vernetzung zwischen der Klimabewegung und Beschäftigten beim Autozulieferer Bosch, um sich gegen Arbeitsplatzabbau zu wehren. Ähnliches müsste auch in Österreich möglich sein.“

Aber Diskussionsbedarf gebe es auch. Steinwender findet: „Bislang finden solche Debatten viel zu stark auf der Funktionärssebene statt. Es ist aber wichtig, die Beschäftigten und die Produzent:innen selbst einzubinden.“ Erste konkrete Pläne für die Gestaltung eines solchen Prozesses gibt es bereits. „Für das nächste Frühjahr plant die Arbeiterkammer eine Akademie für sozialen und ökologischen Umbau, um die Arbeiter:innenbewegung, Wissenschaftler:innen und die Klimabewegung zusammenzubringen. Wir wollen dort voneinander lernen, Positionen verstehen und Unterschiede begreifen.“ Damit es hoffentlich etwas wird, mit der Zukunft. ▀

Wie mächtig ist die Jugend von heute?

„Die Jugend von heute liebt Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet Autorität. Sie widersprechen den Eltern, sind faul und tyrannisieren die Lehrer.“

Was sich viele heute über die Jugend denken, sagte schon Sokrates – von ihm stammt das Zitat. Wenn wir uns erinnern, dass es mal eine Zeit gab, in der Eltern die Beatles-Musik ihrer Kinder als Teufelszeug abstempelten, wird uns klar, dass die Reibung zwischen den Generationen immer zum Perspektivenwechsel anregt. Und das ist

die Chance für uns, die positiven Seiten der Zukunft zu entdecken. Die rohe Kraft der Jugend ist es nämlich, die „Fridays for Future“- oder „Black Lives Matter“-Demos auf die Straßen und in die Stammtische gebracht hat. Es ist deren Tun, das Unternehmen dazu zwingt, Sinn nicht als Marketingtool, sondern als elementaren Teil einer Welt zu verstehen, in der Wirtschaft zum Wohle der Menschen agieren muss. Die Jugend ist mächtig, und wenn wir ihr zuhören, erleben wir eine kollektive Ermächtigung der Gesellschaft.



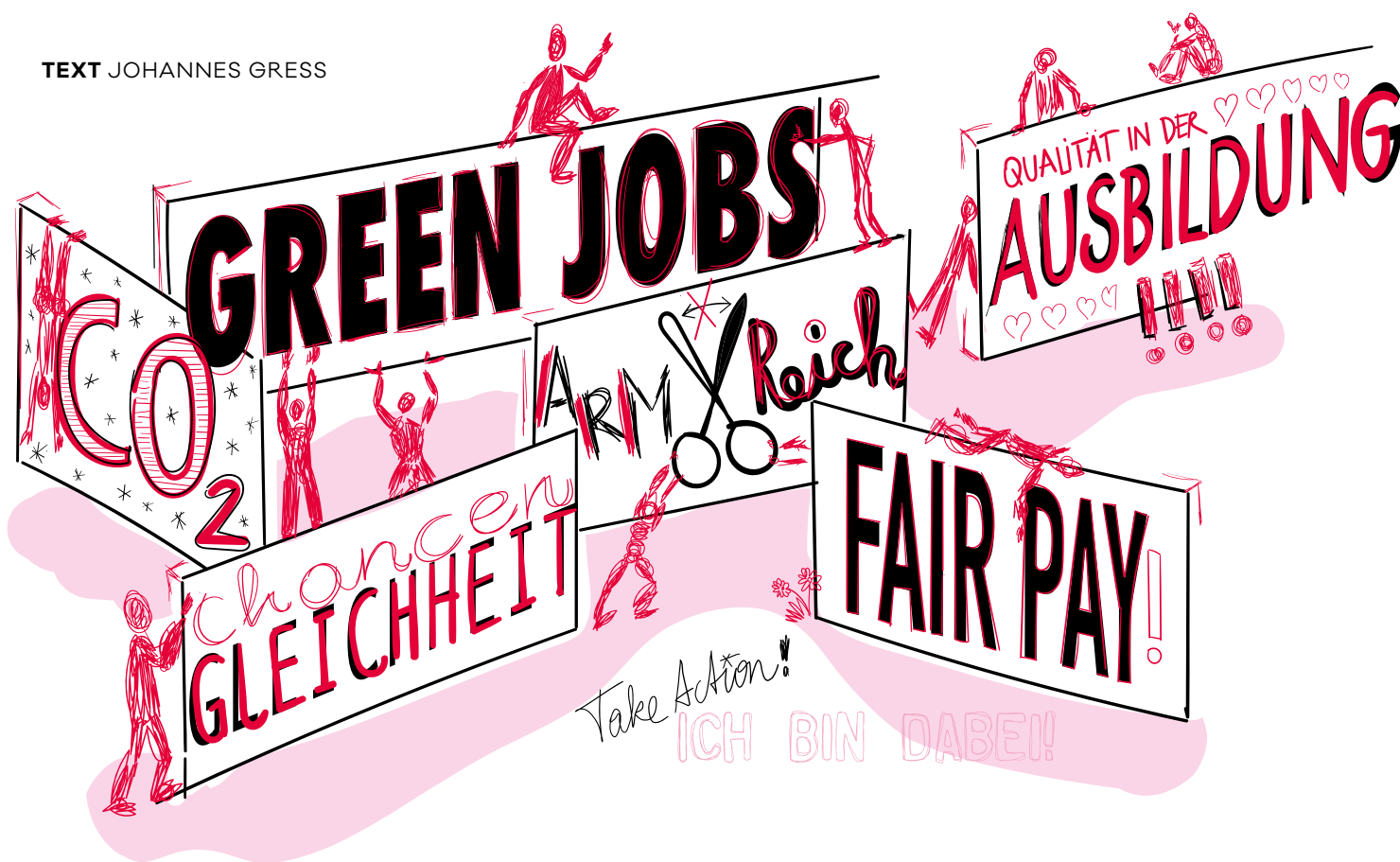
ALI MAHLODJI

KEYNOTE SPEAKER, GRÜNDER UND AUTOR

Wir sind hier wir sind laut

Umweltkrise, Corona-Krise, Ukraine-Krieg – die heutige Generation blickt einer düsteren Zukunft entgegen. Trotzdem verfestigt sich derzeit das Bild einer jungen Generation, die für ihre Rechte, ihre Zukunft kämpft.

TEXT JOHANNES GRESS



Eine Woche dauerte es, bis Sophia Berkmann der Gewerkschaft beitrat. Die damals 15-Jährige begann gerade ihre Lehre zur Schweißtechnikerin, wagte sich als junge Frau in eine der beruflichen Männerdomänen. Beim Baumaschinenhersteller Liebherr in Nenzing (Bezirk Bludenz) war sie damals die erste und einzige Frau, die diesen Lehrberuf ergriff. Schnell war klar: „Als Frau musst du immer 150 Prozent geben, um als gleichwertig akzeptiert zu werden.“ Als sich die Gewerkschaft damals in ihrer Firma vorstellte, hob Berkmann die Hand: „Ich bin sofort dabei!“

Mittlerweile, rund acht Jahre später, ist die heute 23-jährige Berkmann nach fünf Jahren als Vorsitzende immer noch aktives Mitglied des Jugendvertrauensrats am Standort und auch darüber hinaus in vielerlei Weise politisch aktiv.

Im Alltagsverständnis wird Demokratie und, schlimmer noch, Politik meist mit repräsentativer Demokratie gleichgesetzt. In diesem engen Verständnis wird Demokratie degradiert zur ritualisierten, alle paar Jahre stattfindenden Abgabe der Stimme an der Wahlurne. Dann macht die Demokratie ein paar Jahre Pause. Und kommt dann mit



Etliche ihrer Generation wollen sich engagieren, weil vieles falsch läuft, so Sophia Berkmann, ÖGJ-Vorsitzende Vorarlberg.

viel Tamtam und pointierten Analysen von Peter Filzmaier pünktlich am Wahltag in einer stundenlangen „ZiB spezial“-Sendung wieder zum Vorschein. Inklusive spektakulär inszenierten Countdowns, an dessen Ende die Balken der ersten Hochrechnung dramaturgisch perfekt inszeniert in die Höhe schnellen. Nicht nur das Beispiel Sophia Berkmann zeigt, dass Demokratie mehr ist als das.

Demokratie „ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“, schrieb der Philosoph John Dewey 1916 und prägte damit den Begriff der Demokratie als „Lebensform“. Demokratie findet nicht nur an der Wahlurne statt, sondern in sämtlichen Räumen, in denen Menschen zusammenkommen.

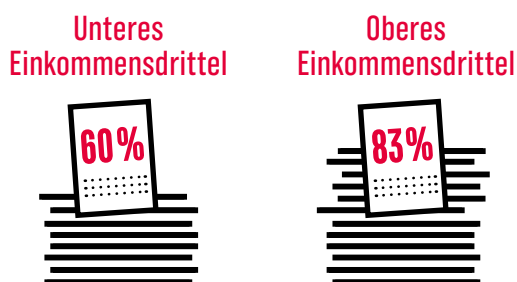
Beispielsweise in der Universität: „Studierendenproteste haben historisch an unterschiedlichen Orten und Kontexten eine große Rolle gespielt. An der Uni findet Politik statt, weit über den Hörsaal hinaus“, sagt Hannah Czernohorsky, Politikwissenschaftsstudentin und Referentin für Sozialpolitik der Österreichischen

Hochschüler:innenschaft (ÖH). Die ÖH fungiert als Interessenvertretung für Studierende nach innen und außen. Derzeit ist man etwa mit der Abwicklung eines Fördertopfes für vom Ukraine-Krieg betroffene Studierende beschäftigt und bringt sich in die Novellierung der Studienbeihilfe ein, beschreibt die 21-jährige Czernohorsky ihr Aufgabenfeld. Schon lange wehre man sich außerdem gegen die Tendenz, dass die Universität zum elitären Ort wird, deren Ausbildung und Abschlüsse vor allem Kindern aus privilegierten (Akademiker:innen-)Haushalten vorbehalten sind.

Aber in der Vergangenheit wurde es zusehends schwieriger, sich zu organisieren. Der eine, offensichtliche Grund: Die Pandemie verkomplizierte physische Zusammenkünfte. Andererseits steigt der Druck auf Studierende. Enge Fristen, Knock-out-Prüfungen und Förderungen, die an Mindeststudienleistungen gekoppelt sind, erhöhen den Leistungsdruck und erschweren es zusätzlich, sich neben der Universität politisch zu engagieren. Hinzu kommt eine Art „Erschlagen-Werden“ durch die Vielzahl sich derzeit häufender Krisen: Umweltkrise, Corona-Krise, Ukraine-Krieg.

Wahlbeteiligung an der NR-Wahl 2019 nach Einkommensverhältnissen

Quelle: SORA, 2020



Von Verdrossenheit keine Spur

Aus der Forschung ist bekannt, dass Perspektiven- und Hoffnungslosigkeit in vielerlei Kontexten zu Passivierung und Apathie führt. Czernohorsky beobachtet das Gegenteil, eine Politisierung der Studierendenschaft. „Die Universität ist ein Ort, an dem sich überwiegend junge Menschen tummeln – und viele von ihnen merken gerade, dass die Welt, in der wir leben, nicht mehr funktioniert. Sie bietet uns Jungen keine Zukunft.“

Eine Forderung, die man nahezu wortgleich seit einigen Jahren auch auf den Straßen zu hören bekommt: „Wir sind hier – wir sind laut – weil ihr uns die Zukunft klaut!“, lautet einer der be-

„Jugendliche brauchen die Fähigkeit und das Selbstbewusstsein, sich politisch Gehör zu verschaffen.“

Boris Ginner, Referent für Politische Bildung in der AK Wien

kanntesten Slogans der Klimastreikbewegung Fridays for Future. Als Leiterin der „Forschungswerkstatt Protest“ begleitete Antje Daniel Fridays for Future von Beginn an. Eine angebliche Politikverdrossenheit der Generation „Y“ und „Z“ kann die Wissenschaftlerin vom Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien nicht feststellen. „Soziale Bewegungen“, erklärt Daniel, „sind stets Reaktionen auf gesellschaftlichen Unmut.“ Im Unterschied zu vergleichbaren Protesten, etwa den Umweltprotesten der 1970er- und 1980er-Jahre, seien die Fridays-for-Future-Aktivist:innen außerordentlich jung und der Anteil junger Frauen sei überdurchschnittlich hoch.

Daniel beobachtet, wie Fridays for Future von Beginn an darum bemüht war, „dem Narrativ der unpolitischen Jugend eine Absage zu erteilen“. Durchaus mit Erfolg. Mit Andauern der Proteste habe sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr das Bild einer Jugend gefestigt, die nicht stillhält, sondern für ihre eigenen Rechte und Interessen eintritt.

Nachhaltige Politisierung

Auch wenn die langfristigen Auswirkungen der Klimastreikbewegung noch Gegenstand von Analysen seien, geht Daniel davon aus, dass es dadurch zu einer „nachhaltigen Politisierung“ komme. Auch die Erfahrungen aus den Umweltprotesten der 1970er und 1980er zeigten, dass sich Beteiligte über die Proteste hinaus (umwelt)politisch engagierten. Und seit 2018 blieb schließlich kaum ein:e Schüler:in von Fridays for Future unberührt.

Eine solche „nachhaltige Politisierung“ hat Liebherr-Mitarbeiterin Sophia Berkmann am eigenen Leib erfahren. Anfangs noch zögerlich, übernahm sie schließlich bei ihrer Firma den Vorsitz des Jugendvertrauensrates. Das Gremium vertritt – ähnlich einem Betriebsrat – die Interessen der jüngeren Angestellten und Lehrlinge im Betrieb. „Durch diese Position bin ich aufgeblüht“, sagt Berkmann. Auch außerhalb des Betriebs ist die 23-Jährige mittlerweile politisch aktiv und ist seit fünf Jahren Vorsitzende der Vorarlberger Gewerkschaftsjugend. Derzeit organisiert sie Demos gegen den Krieg in der

Ukraine und Spendensammelaktionen für Geflüchtete mit. Zwar sei Vorarlberg ein überwiegend konservativ geprägtes Land, „wo alles links der Mitte nicht so ganz ernst genommen wird“ – vor allem in ihrer Generation beobachtet Berkmann jedoch eine Politisierung. Viele ihrer Altersgenoss:innen merkten derzeit, dass in der Corona-Politik der Regierung vieles schiefgelaufen ist, dass Wohnen mehr und mehr zum Luxusgut wird und dass Sozial- und Pflegekräfte zwar öffentlich zu Held:innen hochstilisiert werden, sich an deren Arbeitsbedingungen jedoch nichts ändert. „Viele wollen sich engagieren, weil vieles falsch läuft“, schlussfolgert Berkmann.

Doch gesellschaftlicher Unmut ist das eine, diesen auch zu artikulieren das andere. So zeichnen Studien in verschiedenen Ländern stets ein ähnliches Bild: dass sich gerade jene Bevölkerungsgruppen, die sozial und ökonomisch am wenigsten privilegiert sind, politisch am wenigsten einbringen. So gingen laut einer SORA-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer bei den Nationalratswahlen 2019 Angehörige des unteren Einkommensdrittels zu knapp 60 Prozent zur Wahl, das oberste Einkommensdrittel zu 83 Prozent. Häufig resultiert Unzufriedenheit nicht in Rebellion, sondern in Apathie, in der Erwartung, dass es vom politischen System ohnehin nichts zu erwarten gibt.

Zum Befund, dass politische Beteiligung Resultat sozioökonomischer Faktoren ist, muss hinzugerechnet werden, dass auch soziokulturelle Faktoren eine Rolle spielen. „Wir wissen aus der Demokratieforschung, dass Alltagserfahrungen für die politische Partizipation enorm wichtig sind“, erklärt Boris Ginner, Referent für Politische Bildung in der bildungspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer Wien. Wer regelmäßig das Gefühl vermittelt bekommt, dass ihre oder seine Stimme zählt, wird sich mit höherer Wahrscheinlichkeit auch in anderen Kontexten politisch einbringen. Als Beispiel nennt Ginner den Befund, dass sich Arbeitnehmer:innen in einem Betrieb mit Betriebsrat eher an Nationalratswahlen beteiligen als Arbeitnehmer:innen in einem Betrieb ohne Interessenvertretung.

Demokratische Sozialisierung beginnt bestenfalls bereits in der Schule, fordert Ginner. Demokratie sollte einerseits Teil gelebter Schulkultur sein, etwa indem Schüler:innen und Schulsprecher:in-



„Viele der Studierenden merken gerade, dass die Welt, in der wir leben, nicht mehr funktioniert“, beobachtet Hannah Czernohorsky, ÖH.

nen – „ernsthaft und nicht nur auf dem Papier“ – in die Ausgestaltung des Unterrichts und die Schulpolitik miteingebunden werden. Andererseits müssten Demokratie und Politik im Schulunterricht deutlich mehr Raum bekommen. Bei politischer Bildung, beobachtet Ginner, handle es sich derzeit eher um „Institutionenlehre“: Was ist das Parlament? Was darf der Bundespräsident? Und wie funktioniert das Wahlsystem?

Der AK-Experte plädiert dafür, Demokratie und Politik im Unterricht mehr in Beziehung zur Lebensrealität der Schüler:innen zu setzen. Diese Themen dürften dabei nicht auf die Fächer politische Bildung und Geschichte beschränkt bleiben. „Auch im Mathe-Unterricht kann man den Blick für soziale Verteilung schärfen: Wie viel Geld wurde in diesem Jahr für Rüstung ausgegeben, wie viel für Erwerbsarbeitslose? Was sagt das über unsere Gesellschaft? Was bedeutet das für meinen Alltag?“

„Jugendliche brauchen die Fähigkeit und das Selbstbewusstsein, sich politisch Gehör zu verschaffen“, fasst Ginner zusammen. Abseits einiger engagierter Lehrer:innen und einzelner Projekte zementiere das österreichische Schulsystem bestehende Ungleichheiten jedoch eher ein, anstatt sie zu beheben, sei die Schule eher „ein Ort des Klassismus“ statt der Emanzipation. Privilegierte Schüler:innen aus reichen, akademischen Haushalten werden an Österreichs Schulen strukturell bevorzugt, während es andere deutlich schwerer haben. Etwa weil Zeit, Geld und Wissen der Eltern fehlen, um die eigenen Kinder zu fördern oder Nachhilfe zu finanzieren.

Eine Art Teufelskreis. Denn wenn sich Kinder und Jugendliche aus unterprivilegierten Haushalten in der Schule und im späteren Leben weniger einbringen können, finden deren Interessen weniger

Gehör – was langfristig wieder zu Unterdrückung und wiederum weniger Partizipation führt.

Ein Teufelskreis, aus dem jene, die es schaffen auszubrechen, gerne ins Rampenlicht gestellt werden. Ein grelles Licht, das nur allzu oft jene unbemerkt im Schatten stehen lässt, die es eben nicht schaffen. Es sei ein Fehler zu glauben, Emanzipation bestehe darin, der eigenen sozialen (Klassen-)Herkunft zu „entkommen“, schreibt der britische Journalist Owen Jones in seinem Buch „Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse“. Emanzipation bedeutet, dass die soziale Herkunft für den eigenen Lebensweg eine möglichst geringe Rolle spielt; dass Arbeiter:innen- wie Akademiker:innenkinder die gleichen Lebenschancen haben. Abseits individueller Emanzipationserfolgsgeschichten, die das Gelingen Einzelner in den Fokus stellen, müsse es vielmehr darum gehen, Möglichkeiten bereitzustellen, dass sich die Klasse der sozioökonomisch Benachteiligten und Ausgebeuteten als Ganze emanzipieren kann.

In anderen Worten: Um aus dem Teufelskreis auszubrechen braucht es Solidarität. Dass jene, die es – aus welchem Grund auch immer – „geschafft haben“, sich mit jenen solidarisieren, die es aus strukturellen Gründen kaum schaffen können: mit Frauen, Geflüchteten, benachteiligten Schüler:innen, Studierenden und Arbeitskolleg:innen, mit prekär Beschäftigten, von Diskriminierung Betroffenen, Ausgebeuteten.

Dass Demokratie hierbei nicht auf ein Wahlspektakel mit nahezu esoterischem Charakter reduziert wird, sondern als Lebensform gefasst wird, ist notwendige Bedingung dafür. Nicht zuletzt für eine Jugend, die derzeit Schritt für Schritt, Tag für Tag ihrer Zukunft beraubt wird. ▀

Ein toter Planet hat keine Jobs

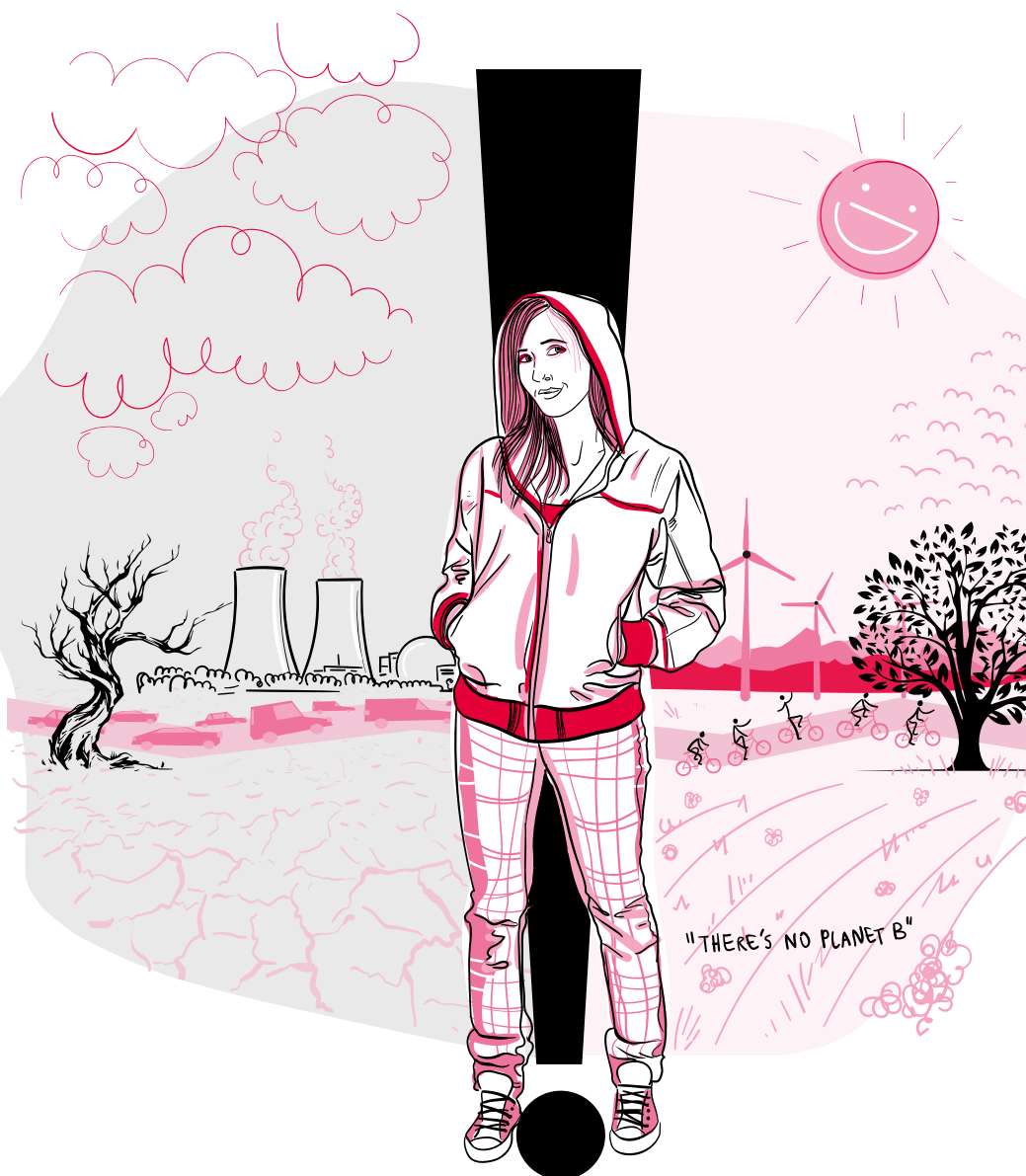
In Sachen Umweltschutz müssen politische Organisationen verschiedenste Interessen berücksichtigen, ein Drahtseilakt. Nachgefragt bei Extinction Rebellion und der Gewerkschaftsjugend.

TEXT JOHANNES GRESS

Die Umweltkrise, so hört und liest man nahezu täglich, ist vieles: ein sozialer Konflikt, ein Generationenkonflikt, einer zwischen Stadt und Land, eine Geschlechterfrage, ein Klassenkonflikt. Diese Verwobenheit macht politischen Organisationen in ihrer praktischen Arbeit oft das Leben schwer. Denn dort, wo viele Fragen und Konflikte aufeinandertreffen, überwiegt trotz vieler Gemeinsamkeiten oft das Trennende.

Besonders präsent ist in diesem Zusammenhang, von links bis rechts, von Gewerkschaften bis zur Wirtschaftskammer, das sogenannte „Job-versus-Environment-Dilemma“: Umweltschutz ja, aber was passiert dann mit den Arbeitsplätzen?

Dass Umweltschutz der Wirtschaft schadet und Arbeitsplätze vernichtet: „Es ist erstaunlich, wie lange sich dieser Mythos hält“, wundert sich Niklas Niskate vom Kommunikationsteam von Extinction Rebellion Österreich (XR AT). In seiner Organisation wählt man einen anderen Zugang, betrachtet das Problem von der anderen Seite: „Die Klima- und Biodiversitätskrisen sind die größten Krisen der Menschheitsgeschichte“, konstatiert Niskate. An diesem Faktum richtet XR ihr Handeln aus: Sie formulieren keine politischen Positionen,





„Klimaschutz ist Bündnisarbeit. Sie eint das Ziel, unseren Planeten auch in den kommenden Jahrzehnten bewohnbar zu machen“, sagt Niklas Niskate von Extinction Rebellion Österreich.

beziehen keine Stellung zur Atomkraft oder sympathisieren gar öffentlich mit einer Partei. „Wir stellen uns auf den Standpunkt der Wissenschaft“, so Niskate – und die legt dringenden Handlungsbedarf nahe.

Mit Bildungsarbeit und Mitteln des gewaltfreien zivilen Ungehorsams fordern die XR-Aktivist:innen diesen Handlungsbedarf vehement ein. Dementsprechend breit gefächert seien ihre Mitglieder. „Wir haben Anarchist:innen genauso wie Konservative, Schüler:innen und Pensionist:innen“, so Niskate. Sie alle eint das Ziel, unseren Planeten auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch bewohnbar zu machen. Von etwaigen anderen politischen Differenzen will man sich nicht auseinanderdividieren lassen.

„Bündnisarbeit“

Philipp Ovszenik ist Bundesjugendsekretär des ÖGB und leitet die Jugendabteilung des ÖGB. Er bringt seine Position mit der populären Formel „There are no jobs on a dead planet“ auf den Punkt. Was bringen uns Arbeitsplätze, wenn wir uns gleichzeitig unserer Lebensgrundlage berauben? Ovszenik ist (wie viele seiner Kolleg:innen) nach eigenen Angaben „Eventmanager, Sozial-

arbeiter und politischer Aktivist in einem“. Neben politischer Organisationsarbeit besteht sein Alltag zu großen Teilen aus Gesprächen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Betrieben, Lehrwerkstätten oder in Berufsschulen.

In dieser Altersgruppe sei die Klimakrise (neben dem Krieg in der Ukraine) „das Top-Thema“, beobachtet Ovszenik. Das bestätigt auch eine unlängst veröffentlichte SORA-Umfrage im Auftrag von ORF und Ö3: 67 Prozent der befragten 16- bis 25-Jährigen gaben in dieser an, dass ihnen der Klimawandel „Sorgen bereitet“. Sämtliche Studien, mahnt Ovszenik, deuten in dieselbe Richtung: „Wir sind viel zu spät dran.“ Natürlich, betont der ÖGB-Bundesjugendsekretär, gehe es bei der Klimakrise „auch um Arbeitsplätze – aber das eine darf nicht gegen das andere ausgespielt werden“. Es gehe darum, „Lösungen anzubieten, die Dinge zu erklären, Menschen mitzunehmen“.

Aufgaben, mit denen auch XR-Aktivist Niskate in seiner politischen Arbeit häufig konfrontiert ist. Auch wenn XR-Aktivist:innen insgesamt „ein bunter Haufen“ seien, Menschen mit verschiedensten Biografien und Hintergründen, sei zu beobachten, dass formal besser gebildete, privilegiertere Menschen überproportional stark vertreten sind.

Derzeit versuche man, unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen noch gezielter anzusprechen. Niskate ist wichtig zu betonen, dass man die Klima- und Biodiversitätskrise nicht bis ins letzte physikalische Detail verstehen muss, um vom Denken ins Handeln zu kommen. Plakatieren gehen könne man auch ohne Biologie-Bachelor.

XR genießt in einem gewissen Sinne den Luxus, sich nicht öffentlich mit den Konflikten auseinandersetzen zu müssen, die quer zur Umweltkrise verlaufen. Klimaschutz ist seiner Auffassung nach „Bündnisarbeit“, die sich über sämtliche Milieus, Religionen, Berufs- und Altersgruppen erstrecken muss.

Umweltschädlichkeit reduzieren

Bündnisarbeit, die laut Ovszenik auch in der Gewerkschaftsjugend ständig präsent wird. Seit zwei Jahren arbeite man eng mit Fridays for Future zusammen, deren Vertreter:innen auch an ihrem Bundesjugendkongress teilgenommen haben. Auch sei man als ÖGJ bei den weltweiten Klimastreiks präsent. „Da bricht einiges auf, da ist einiges im Entstehen, wenn Zigtausende junge Menschen auf die Straße gehen“, betont Ovszenik.

Laut Ovszenik müsse es darum gehen, die Umweltkrise und die soziale Frage gemeinsam zu denken. Das bedeute einerseits: „Superreiche und Konzerne müssen ihre Umweltschädlichkeit reduzieren!“ Denn die Umweltkrise werde sich nicht über individuellen Verzicht lösen lassen. Andererseits müssten, insbesondere für seine Generation, Perspektiven geboten werden: Jobs, die sozial attraktiv und umweltverträglich zugleich sind.

Sein Lieblingsbeispiel: Fahrradmechaniker:in. Der Verkehrssektor ist in Sachen CO₂-Emissionen nach wie vor Österreichs Sorgenkind, hier wurden in den vergangenen 30 Jahren kaum Fortschritte gemacht. Der Umstieg vom Pkw aufs Rad wird ein essenzieller Bestandteil einer längst überfälligen Verkehrswende sein müssen – und Fahrradmechaniker:in ein attraktiver Lehrberuf, „der boomt“. ▀

Im Schatten des Scheinwerferlichts

Sie fühlen sich vergessen und übersehen. Gerade junge Menschen sehen sich während der Pandemie von der Politik viel zu wenig vertreten. Vier junge Menschen erzählen.

TEXT EVA REISINGER



Anna Maria Fischer blickt ernst in die Kamera. Sie will, dass Schüler*innen endlich gehört werden. Ständig werde auf sie vergessen. Fischer ist Schulsprecherin der Handelsakademie Wien-Donaustadt und spricht für rund 1.300 junge Menschen. „Nach über zwei Jahren Corona fehlt vielen die Hoffnung“, sagt die 17-Jährige. Hoffnung auf ein ganz normales Leben und einen ganz normalen Alltag. Auch wenn aktuell oft die Rede davon ist, dass die Pandemie längst vorbei sei, betont die Schülerin, dass das erst der Fall sei, wenn sie nicht mehr mit den Auswirkungen kämpfen würden. Fischer fragte ihre Mitschüler:innen in einer Umfrage, wie es ihnen gehe. Die Umfrage ergab im Durchschnitt 3,6. „In einer Schulnote ist das ein Genügend“, erklärt sie. „Die mentale Gesundheit der Menschen an der Schule hat sich durch die Pandemie massiv verschlechtert und ein Genügend reicht nicht aus.“

An Fischers Schule müssen 300 Stunden Pflichtpraktikum absolviert werden, um den Abschluss machen zu können. „Ei-

Die Pandemie, so Maria Fischer, wird für sie und ihre Mitschüler:innen erst beendet sein, wenn sie nicht mehr mit den Auswirkungen kämpfen müssen.

nen Praktikumsplatz zu finden stellt einen riesigen Stressfaktor für meine Mitschüler:innen dar.“ Die meisten Unternehmen würden auf die Zeit „nach der Pandemie“ vertrösten oder sich erst gar nicht zurückmelden. Wer einen Platz ergatterte, schaffe das meist nur über Beziehungen der Eltern oder im Bekanntenkreis. „Das ist keine gute Option für uns, weil es nicht fair ist. Bildung muss für alle chancengleich sein!“ Fischer hat selbst bisher die Hälfte der Stunden absolviert, einige in ihrer Klasse hätten noch nichts gefunden. Unternehmen würden sie nicht anstellen, wegen der fehlenden Berufserfahrung. „Wie sollen wir denn Berufserfahrung sammeln, wenn uns niemand eine Chance gibt?“ Es ist ein Teufelskreis, in dem viele junge Menschen feststecken und der ihre ersten Erfahrungen in der Berufswelt prägt.

Es fehlt nicht nur an Spaß

Gabriele Schmid leitet die Abteilung Lehr- ausbildung und Bildungspolitik der AK. Sie sagt: „Viele junge Menschen fühlen sich als verlorene Generation nach den Erfahrungen in der Pandemie.“ In verschiedenen Befragungen, wie der SORA-Jugendbefragung oder auch in der ÖGJ-Befragung zur psychischen Gesundheit von Lehrlingen, sieht man den deutlichen Anstieg bei den psychischen Belastungen, wie zum Beispiel Depressionen, Angstzustände und Ähnliches. „Was den meisten jungen Menschen fehlte und noch fehlt, sind Begegnungen, Gemeinschaft und Spaß miteinander“, weiß Schmid. Dazu komme die Isolation und das Gefühl, mit Zukunftsängsten nicht ernst genommen zu werden. „Das sind klar die Folgen davon, dass es keine Maßnahmen der Bundesregierung gab, diesen Missständen aktiv entgegenzuwirken, sodass all die Sorgen um Gegenwart und Zukunft auf den Schultern der jungen Generation lasten“, so Schmid.

Marc König hatte sich seine Lehre wirklich anders vorgestellt. Er hoffte auf ein gemeinsames Feierabendbier mit Kolleg:in-



Marc König begann seine Lehre in der Papierindustrie zu Pandemiebeginn. Es war sehr schwierig, sowohl was die Sozialkontakte wie auch das Fachliche betraf.

nen und darauf, viel voneinander zu lernen. Parallel zu den Anfängen der Pandemie begann er bei einer Papierfirma nahe Graz seine Lehre. „Mit Maske und Abstand ist es echt schwer, eine Person einzuschätzen und ins Gespräch zu kommen“, so der 17-Jährige. Während ein Teil der Firma in Kurzarbeit war, sollten sie lernen, was es braucht, damit die Maschinen funktionieren. „Es hat sich alles falsch angefühlt“, erzählt König. Seine Haare sind aufgestellt, er trägt Kapuzenpulli und schaut in die Kamera. Nicht nur einmal habe er überlegt, alles hinzuschmeißen. Auch in der Berufsschule ging es drunter und drüber. „Es fehlten Regeln und Klartext. Niemand wusste Bescheid.“ An manchen Tagen trugen sie mal Maske in einem Fach, in der Stunde darauf nicht, weil sich die Lehrenden uneinig waren. König ist eine der für Österreich so wertvollen und gesuchten Fachkräfte von morgen. Auf die Frage, ob er sich so behandelt fühle, bleibt ihm nur ein lautes Lachen. „Ehrlich gesagt, überhaupt nicht!“ Einige Lehrlinge der Firma hätten während der Pandemie deswegen auch aufgehört, seien

lieber wieder in die Schule zurück, erzählt er. Es habe lange gedauert, bis sie sich mit den Lehrlingsbeauftragten verstanden hätten, und auch, bis sich die Lehrlinge untereinander kennengelernt hätten. „Du siehst immer nur die Maske und weißt nicht, woran du bist.“ Seit die Maßnahmen gefallen sind, funktioniere alles besser. Man kenne sich mittlerweile gut und könne offen reden. „Jetzt ist es endlich so, wie ich mir eine Lehre vorgestellt habe.“ König fasst zusammen: Im Grunde hätte ein gemeinsamer Tag zu Beginn gereicht, damit sie sich nicht ganz so verloren gefühlt hätten.

Ständig zweite Klasse zu sein nervt

Stephanie Grguric hat während der Pandemie eine Lehre als ausgebildete Bürokauffrau mit Matura gemacht. Die 19-Jährige ist auch in der Gewerkschaft tätig und sagt: „Das Hauptproblem ist, dass sich die meisten jungen Menschen total vergessen und nicht wahrgenommen fühlen.“ Sie hätten zwei Jahre nur gearbeitet und ge-



„Wir Berufsschüler:innen haben uns während der Pandemie als Schüler:innen zweiter Klasse gefühlt. Wir wurden vonseiten der Regierung jedes Mal vergessen“, so Stephanie Grguric.

lernt und keine Freizeit gehabt. „Da blieb nichts übrig. Manche waren regelrecht eingesperrt.“ Folgen seien neben psychischen Problemen auch der Rückgang von sozialen Kompetenzen. „Es geht da draußen einigen wirklich dreckig, und die sind gerade mal 15 oder 16 Jahre alt“, betont die Wienerin im Gespräch. Ihre langen Haare schiebt sie während des Videotelefonats mehrmals mit der Sonnenbrille nach hinten.

Grguric begann 2018 bei der Stadt Wien als Verwaltungsassistentin und konnte ein Jahr erleben, wie sich eine Lehre ohne Pandemie anfühlt. Gestartet hätten alle zusammen bei einem Treffen im Rathaus. Danach folgten Seminare und Berufsschule. „Wir konnten uns connecten und uns als Gruppe fühlen.“ Im Jahr darauf war alles weg. „Dieser Jahrgang war total auf sich allein gestellt.“ Die Berufsschule fand zuerst komplett im Distance-Learning statt, danach folgte sogenannter Hybridunterricht, bei dem sie sich mit der Anwesenheit abwechselten. „Wir Berufsschüler:innen haben uns während der Pandemie als Schüler:innen zweiter Klasse gefühlt.“ Besonders deutlich sei das bei Pressekonferenzen der Fall gewesen. Sie seien nie vorgekommen. Oft bekamen sie erst am Sonntag von ihren Berufsschulen Bescheid, ob sie am Montag kommen durften oder nicht.

„Die Berufsschulen wurden vonseiten der Regierung jedes Mal vergessen.“ Als Beispiele nennt Grguric auch die Ausstattung mit Antigen-Tests, Masken und digitalen Ressourcen. Erst durch massiven Druck der Gewerkschaft sei das bereitgestellt worden. „Ich bin enorm enttäuscht von der Regierung.“ Auch bei der Berufsmatura bekam sie keine Erleichterung, obwohl sie genauso im Distance-Learning stattfand wie in der AHS. Als Grund wurde genannt, dass es eine Zeugnisnote bräuchte, die es bei den Modulen nur indirekt gibt. Das hätte man alles ändern können, wenn man gewollt hätte, ist sich Grguric sicher. „Wir sind die Fachkräfte, von denen alle immer reden, und trotzdem werden wir andauernd vergessen.“ Für die Wienerin hängt das stark mit der Außenwahrnehmung der Ausbildung zusammen. Für viele sei die Lehre immer noch etwas für die, die die Matura und Studium nicht packen. „Derweilen sind wir die mit einer fertigen Ausbildung.“

Pandemie und Lehre

Thomas Moldaschl ist Geschäftsführer des Bundesberufsausbildungsbeirats und Experte für Lehrlingswesen der AK. Er bestätigt: „Vonseiten der Regierung überwog der Eindruck, dass Maturant:innen deutlich

mehr zählen als Lehrlinge.“ Arbeitsmarktpolitisch hätten viele Lehrlinge in den letzten zwei Jahren ein extremes Auf und Ab erlebt. So waren 2020 und 2021 viele auf der Suche nach einer Lehrstelle. In diesem Jahr würden nun eher die offenen Lehrstellen überwiegen – besonders stark in Bereichen wie Tourismus, Gastronomie und Handel, die sich durch geringe Bezahlung und unattraktive Arbeitsbedingungen auszeichnen würden. „Die Pandemie war vielfach ein Verstärker bestehender Trends.“ Zugleich konkurriere die Lehre mit anderen Bildungswegen um eine sinkende An-

Befinden der Schüler:innen in Schulnoten

Quelle: Schüler:innen-Umfrage, Handelsakademie Wien-Donaustadt





Dass ständig auf sie vergessen wurde, kann sich Lea Gajdusek nur damit erklären, dass Menschen Entscheidungen treffen, die zu weit weg sind, um zu verstehen, was eine Berufsschule und Lehre braucht.

zahl an jungen Menschen. Seit Jahrzehnten gibt es den Trend, dass immer weniger Betriebe bereit sind, Lehrlinge auszubilden.

Nach Lehre doch Studium

Lea Gajdusek entschied sich nach der Matura für eine Lehre im Buchhandel in Wien. Eineinhalb Jahre davon fielen in die Pandemie. „Wir haben uns in der Berufsschulklasse überhaupt nicht von der Politik vertreten gefühlt“, erzählt die heute 20-Jährige. Lange sei ihnen nicht einmal der Termin für ihre Lehrabschlussprüfung mitgeteilt worden. Zur Matura lernte Gajdusek die Textform des offenen Briefs. Zwei Jahre später beschließt sie, zusammen mit den Lehrlingen des Abschlussjahrgangs 2021 in Buch- und Medienwirtschaft in Wien diese Textform anzuwenden. Sie adressieren ihren Brief direkt an die Regierung. „Wir wollten auf uns aufmerksam machen, weil wir das Gefühl hatten, unwichtiger zu sein als alle anderen Schüler:innen.“ Für Gajdusek geht sich das nicht aus, dass man nach außen stolz auf die duale Ausbildung ist und dann auf die Auszubildenden vergisst. Sie wechselte während der Pandemie in der Wiener Buchhandlung vom täglichen Kontakt mit Menschen zum Online-Versand. „Für mich war das interessant zu sehen, wie

man ein kleines Online-Geschäft ausbaut.“ Sie fühlte sich aber während der Pandemie auch oft allein gelassen. „Mir hätte es geholfen, wenn ich face to face mit jemandem mit den gleichen Problemen sprechen hätte könnte.“ Dass ständig auf sie vergessen wurde, kann sie sich nur damit erklären, dass Menschen Entscheidungen treffen, die zu weit weg sind, um zu verstehen, was eine Berufsschule und Lehre braucht. „Man fühlt sich als junger Mensch sowieso nicht gehört. Es wäre wichtig, dass wir mitentscheiden können, denn wir wissen, was wir brauchen.“ Lea Gajdusek ging nach dem Abschluss ihrer Lehre ihrer zweiten großen Leidenschaft nach: Gletscher, Eis, Schnee und Klima. Sie studiert nun Atmosphärenwissenschaften in Innsbruck.

Alle mitdenken

Christina Ritter ist Bundesjugendsekretärin der Gewerkschaft vida. Sie ist direkt in den Berufsschulen, in den Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen, wo junge Menschen für die Tourismusberufe ausgebildet werden. „Junge Menschen waren und sind von der Pandemie definitiv am stärksten betroffen gewesen“, sagt sie. „Was ich aber in meiner täglichen Arbeit mit jungen Menschen immer wieder sehe und

spüre, ist die Energie, das eigene Leben in die Hand zu nehmen und etwas daraus zu machen, und ein optimistischer Blick in die Zukunft, so schwierig dieser auch manchmal erscheint.“ Gerade in den Betrieben und in den Schulen seien ihnen der Rückhalt und das Miteinander sehr wichtig. „Es wurde viel zu selten an alle gedacht, viel zu selten wurden alle Betroffenen mit eingebunden.“ Die Folge könnte möglicherweise sein, dass junge Menschen zu wenig Perspektive sehen, den erlernten Beruf weiter auszuüben. „Wer Fachkräfte will, muss sie auch ausbilden wollen.“

Dass in der Zukunft endlich anders mit den jungen Menschen umgegangen werden muss, zeigt sich immer deutlicher. Die Forderungen dazu liegen auf dem Tisch. Damit sich endlich etwas ändert, braucht es einen stärkeren Ausbau der psychosozialen Versorgung, bessere Ausbildungsbedingungen und mehr Mitspracherecht für die Jungen. Dazu zählt auch die Forderung des Wahlrechts für in Österreich geborene und sich dauerhaft aufhaltende Jugendliche. Expertin Schmid betont noch einmal, wie wichtig es wäre, Jugendlichen Stimme und Perspektive zu geben. „Wir müssen sie ernst nehmen und an Lösungen mitarbeiten lassen. Sie sind schließlich die Hauptbetroffenen der folgenreichen Entscheidungen von heute.“

Das Glas ist halb leer

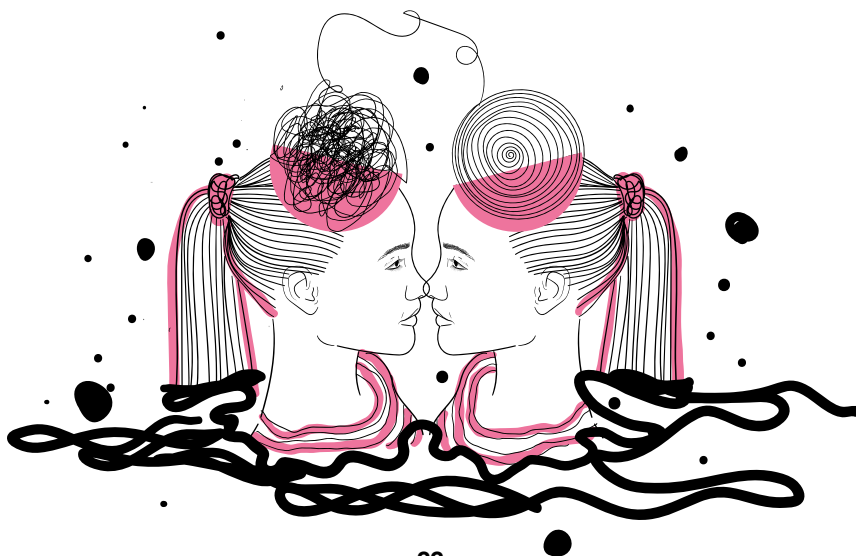
Die Pandemie hat bei der Jugend insgesamt und bei den Lehrlingen im Speziellen massive Spuren hinterlassen. Während über die Situation von Schüler:innen zumindest öffentlich gesprochen wird, scheint die Politik auf die Lehrlinge jedoch weitgehend vergessen zu haben.

TEXT ALEXIA WEISS

Es ist ein alarmierender Befund: Wie eine von der Donau-Universität Krems und der MedUni Wien im Auftrag der Österreichischen Gewerkschaftsjugend 2021 durchgeführte Befragung von 1.442 Lehrlingen ergab, wiesen 48,3 Prozent dieser Jugendlichen Symptome von Depression auf, 50,6 Prozent von Essstörungen und 35,4 Prozent Symptome von Angstzuständen. Methodisch wurden dabei Symptome abgefragt und diese dann als mögliche Indikatoren für die angegebenen Krankheitsbilder zugeordnet.

Sieht man sich die Ergebnisse nach Geschlechtern an, zeigt sich eine stärkere Belastung von Frauen und diversen jungen Menschen. Anzeichen für Depressionen waren bei weiblichen Lehrlingen mit 59,3 Prozent und bei diversen Personen mit 93,8 Prozent besonders stark ausgeprägt. Hinweise auf Angstzustände fanden sich bei weiblichen Lehrlingen zu 44,6 Prozent, bei diversen zu 75 Prozent.

Dass sich die Covid-19-Krise bei Lehrlingen derart massiv zeigt, überrascht Gabriele Schmid, Leiterin der Abteilung für Lehrausbildung und Bildungspolitik der AK Wien, nicht. Einerseits hätten Lehrlinge wie alle anderen Jugendlichen auch sehr stark unter den Kontaktbeschränkungen und dem Gefühl des Eingesperrt-Seins gelitten. „Was aber schon sehr auffällig war: Jugendliche, die eine Berufsschule besuchen, wurden vom Ministerium immer wieder vergessen. Für alle anderen Schulen gab es Anweisungen zu Maskenpflicht etc., die Berufsschulen kamen in den Verordnungen allerdings mehrmals nicht vor. Das haben die Lehrlinge natürlich mitbekommen und sie waren verstört.“ Es wurde auch nicht





**„Ein 40-Stunden-Kurs, der dann ein Leben lang zum Ausbilden berechtigt, ist zu wenig“,
so Gabriele Schmid, AK Wien**

an die Ausstattung von Berufsschüler:innen mit Laptops gedacht. Hier sprang in Wien die Arbeiterkammer ein und finanzierte den Ankauf von Geräten für jene Schüler:innen, die noch über keinen Computer verfügten.

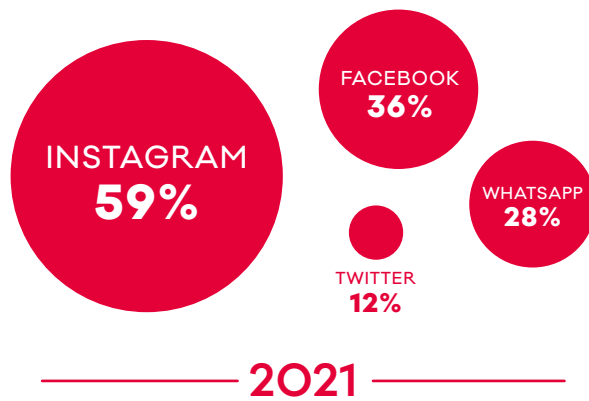
Die Lockdowns wirkten sich aber auch in einigen Branchen massiv auf die Ausbildungsqualität aus. Für Lehrlinge gab es die Sonderregelung, dass sie trotz Kurzarbeit im Betrieb 100 Prozent der Lehrlingsentschädigung erhalten. Vordergründig eine positive Entscheidung, in der Realität holten dann aber viele Arbeitgeber die Jugendlichen in den Betrieb, doch die Ausbilder:innen, die ebenfalls in Kurzarbeit waren, blieben zu Hause. „Die haben also nicht viel gelernt in der Zeit.“

Bewusstseinsbildung im Betrieb

Besonders von den Schließungen betroffen waren Lehrlinge in Gastronomie und Hotellerie und generell im Tourismus, aber auch in Teilen des Handels. Wie sich das nun auf die Lehrabschlussprüfungen auswirkt, werde sich erst zeigen. Ausbildungslücken seien jedenfalls da, und das erzeuge bei den Jugendlichen Unsicherheit und Zukunftsangst.

In Wien hätten sich im Rahmen eines Projekts mehrere Hotels zusammengeschlossen und gemeinsam zumindest ein Trockentraining ohne Gäste für ihre Lehrlinge durchgeführt. „Da wurde zumindest etwas gemacht. Von vielen anderen Betrieben wurde die Situation der Lehrlinge einfach ignoriert.“ Die psychische Belastung von Jugendlichen sei schon vor der Pandemie hoch gewesen, aber durch diese Krise noch weiter erhöht worden, so Schmid. Dass die Versorgung mit Kinder- und Jugendpsychiater:innen sowie Psychotherapeut:innen viel zu niedrig sei, darauf würden Expert:innen seit Jahren hinweisen. Hier brauche es einerseits für alle Jugendlichen einen massiven Ausbau der Therapieangebote. Für Lehrlinge brauche es aber auch Bewusstseinsbildung in den Betrieben, aktiv zu werden, wenn ein Jugendlicher psychisch belastet wirkt. Wobei Schmid einräumt, dass ihr bewusst sei, dass hier viele Ausbilder:innen nicht entsprechend geschult sind. Für betriebliche Ausbilder:innen brauche es generell eine umfassendere Grundausbildung sowie lebenslange Weiterbildung, fordert sie. Ein 40-Stunden-Kurs, der dann ein Leben lang zum Ausbilden berechtige, sei zu wenig. Das Gefälle zwischen großen Unternehmen mit innovativer Lehrausbildung – ein Beispiel seien hier die ÖBB – und Klein- und Mittelbetrieben, die personell rasch an ihre Grenzen stoßen, sei groß. Schmid schlägt hier den Zusammenschluss mehrerer Betriebe für eine gemeinsame Lehrlingsausbildung vor. Aber auch ein Fonds, in den nicht ausbildende Betriebe einzahlen, wäre eine wichtige Maßnahme. ►

Soziale Medien als Quelle für Informationen über Politik

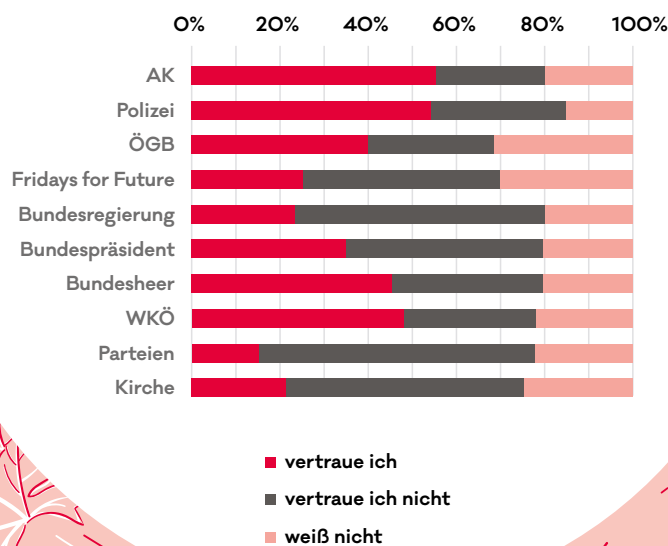


Vertrauen

Gerade für die Generation Z mit ihrem Lebensmotto „Arbeiten, um zu leben – und nicht leben, um zu arbeiten“ ist Mitbestimmung wichtiger denn je. Gleichzeitig ist nach

Instagram ist mittlerweile die wichtigste Informationsquelle der Generation Z in den sozialen Medien. Facebook hingegen verliert für sie mit jedem Jahr an Bedeutung.

Welchen Institutionen vertraust du?



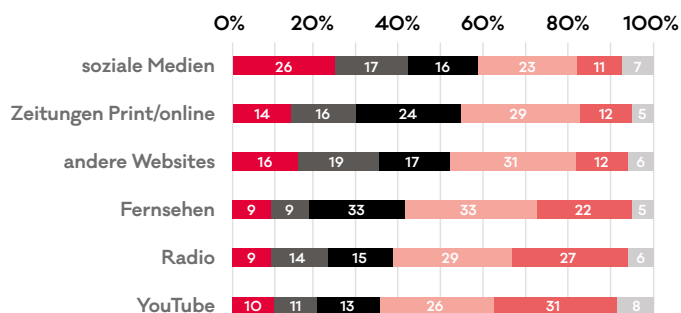
Der Politik gegenüber sind die Jugendlichen distanziert. Bei den Institutionen vertraut die Generation Z am meisten der Arbeiterkammer. Der sie, gemeinsam mit dem ÖGB, gleichzeitig am wenigsten misstrauen.

n schaffen

zwei Jahren Pandemie das Vertrauen in die Politik gesunken. Und 27 Prozent der jungen Menschen schätzen laut einer SORA-Studie die Demokratie als eher schwach ein.

Deutlich verändert zeigt sich das generelle Informationsverhalten der Jugendlichen. Als tägliche Informationsquelle verlieren Zeitungen und Fernsehen an Bedeutung.

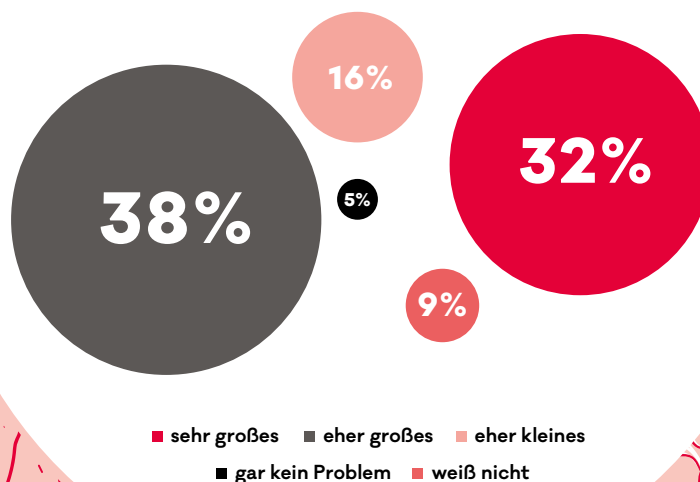
Wie oft informierst du dich in diversen Medien über Politik?



2021

■ täglich ■ mehrmals pro Woche ■ einmal pro Woche
■ selten ■ nie ■ weiß nicht

Ist Korruption ein Problem in der österreichischen Politik?



Rund 70 Prozent der jungen Menschen sind der Ansicht, dass Korruption ein Problem sei. Das Ergebnis spiegelt die politische Lage vor dem 6. Oktober 2021 – also vor der „Inseraten-Affäre“ wider.

Starke Lobby im Betrieb

Junge Menschen am Beginn ihres Berufslebens stehen vor vielen Herausforderungen. Da ist es gut, dass mit dem Jugendvertrauensrat ein effektives Instrument der Mitbestimmung am Arbeitsplatz existiert. Denn gerade Lehrlinge brauchen zur Wahrnehmung ihrer Interessen eine starke Vertretung.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Angesprochen auf seine Funktion als Jugendvertrauensrat, zieht Jonas Maureder folgenden Vergleich: „Ein Jugendvertrauensrat, das ist wie ein Klassensprecher. Aber eben für die jungen Leute im Betrieb.“ Jonas Maureder ist Vorsitzender des Jugendvertrauensrats bei der voestalpine in Linz, einem der größten Ausbildungsbetriebe in Österreich. Maureder sieht seine zentrale Aufgabe so: „Wir schauen, dass es den Lehrlingen gut geht. Das ist eine Rolle, die ich gerne übernehme.“

Vom Himmel gefallen sind Jugendvertrauensräte als Instrument betrieblicher Mitbestimmung nicht. Wie so vieles mussten

sie gewerkschaftlich durchgesetzt werden. Zwar gab es bereits 1946 erste Jugendvertrauensratswahlen. Doch erst am 9. Juli 1972 verabschiedete der Nationalrat das „Bundesgesetz über betriebliche Jugendvertretung“. Ein Erfolg der Kampagne „M wie Mitbestimmung“ der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. 51.000 Menschen unterzeichneten die mit der Kampagne verbundene Petition zur gesetzlichen Regelung des Jugendvertrauensrates.

Die Geschichte der Vertrauensräte reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück. Damals übernahmen sogenannte Vertrauensmänner die gewerkschaftliche Organisation in den sich rapide entwickelnden



Verantwortung übernehmen, damit es allen Lehrlingen gut geht, so sieht Jonas Maureder seine Rolle als JVR.

den Industriegebieten. Zu Beginn der Ersten Republik gab es ab 1919 erstmals einen gesetzlichen Schutz für Betriebsrät:innen. Bis dahin landeten sie oft auf „schwarzen Listen“ der Unternehmen und wurden von diesen auf die Straße gesetzt ohne eine Chance auf Neuanstellung in einem anderen Betrieb. Heute ist klar geregelt, dass in jedem Betrieb mit mindestens fünf jugendlichen Arbeitnehmer:innen ein Jugendvertrauensrat (JVR) zu wählen ist.

Gemeinsam stärker

Einer von ihnen ist Mohab Finjan. Der junge Mann hat sein Büro in einer Filiale der Bank Austria im Wiener Bezirk Floridsdorf. „Ich wollte immer schon Bankkaufmann werden, von klein auf“, erzählt er enthusiastisch. „Das war immer mein Ding. Einen Anzug tragen und arbeiten.“ Die Mitarbeit im JVR sieht er für sich auch als Türöffner. „Man knüpft viele Kontakte, und ich arbeite gerne mit Menschen. Außerdem will ich in Eigenregie nach vorne gehen.“

Zum JVR kam Finjan auf Eigeninitiative. „Nach meinem ersten Lehrjahr war JVR-Wahl bei der Bank Austria. Ich habe den Vorsitzenden gefragt, was der JVR macht und was er für die Jugendlichen tut. Er hat mir erklärt, dass es um Interessenvertretung geht und dass der JVR sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrlinge einsetzt.“ Nur kurze Zeit später übernimmt Mohab Finjan das Amt von seinem Vorgänger und wird Vorsitzender: „Ich durfte um mich herum ein komplett neues Team aufstellen. Das hat Spaß gemacht und war eine wertvolle Erfahrung im Alter von 18 Jahren.“

Ganz einfach war es für ihn persönlich trotzdem nicht. Zwar gibt es für die JVR-Arbeit Freistellungen, doch vieles wird in der Freizeit erledigt. „Als ich den Vorsitz übernehmen durfte, war ich gerade im Lehrabschluss. Das war stressig. Neben der Arbeit hatte ich noch Berufsschule. Es hat mich aber am Ende des Tages sehr glücklich gemacht und gestärkt.“

Verantwortung übernehmen

Ähnliches gilt für die Mechatronikerin Beatrix Dietl. Sie ist Vorsitzende für technische Lehrlinge des standortübergreifenden Zentral-Jugendvertrauensrats in der Wiener Firmenzentrale von Siemens und vertritt österreichweit 200 Lehrlinge. „Es war für mich von Anfang an klar, dass ich im JVR mitmachen möchte“, sagt Dietl. Aber: „Es ist eine große Verantwortung, und ob ich es tatsächlich schaffe, war zu Beginn nicht so klar für mich. Ich habe mich dennoch aufstellen lassen.“

„Als JVR für bessere Arbeitsbedingungen eintreten, das stärkt die Persönlichkeit“, so Mohab Finjan.



„Es gehört ein Stück Rebellion zu meiner Aufgabe“, so Beatrix Dietl, die mit großem Respekt den JVR-Vorsitz übernommen hat.

Neben der Arbeit im Jugendvertrauensrat ist für Mohab Finjan auch die gewerkschaftliche Arbeit von großer Bedeutung. Er bemerkt in seiner Tätigkeit, dass die Bedeutung der Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen jungen Menschen nicht immer bewusst ist. „Nur wenige wissen, dass es ohne Gewerkschaften etwa kein 13. und 14. Monatsgehalt geben würde. Deshalb will ich, dass alle Beschäftigten in der Gewerkschaft sind.“

Angesprochen auf die alltägliche JVR-Arbeit betont Finjan, der inzwischen auch Jugend-Bundessprecher im Bankensektor ist, dass die Bank Austria ein „Top-Lehrbetrieb“ sei. So werde dort die Zeit





„Es braucht viel Vorbereitung in meiner Funktion“, so Beatrix Dietl, etwa wenn es wie aktuell um die Erstellung einer Zufriedenheitsstudie unter Lehrlingen geht oder die laufenden Tätigkeiten wie die Einhaltung von Betriebsvereinbarungen für Lehrlinge.

in der Maturaschule als Arbeitszeit angerechnet. „Das ist eine bessere Regelung als im Banken-KV“, sagt er sichtlich stolz. Dennoch gebe es immer wieder Themen, die zu diskutieren seien: „Das ist zum Beispiel der Fall, wenn die Ausbildung nicht so gemacht wird, wie in der Filiale vorgesehen. Oder wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, weil ein Lehrling sich nicht mit seinen Kolleg:innen versteht.“

Insgesamt hält Finjan die Lehre für eine rundum gute Sache. „Es gibt so viele Aspekte, die für die Lehre sprechen. Man hat die Möglichkeit, sehr jung Verantwortung zu übernehmen. Als Banklehrling verdient man 600 bis 850 Euro netto. Das ist ein super Start ins Berufsleben. Man kann sich schließlich nicht ewig von Mami und Papi finanzieren lassen.“

Auf niedrigem Niveau eingependelt

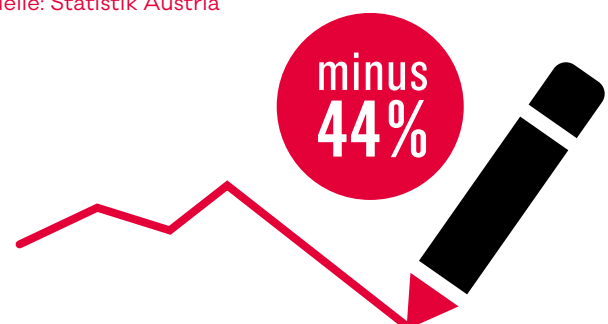
Die Bank Austria bildet derzeit in ganz Österreich 72 Lehrlinge aus. Und mit 1.200 Lehrlingen zählt der Bankensektor neben den Sparten Transport und Verkehr sowie Information und Consulting zu den Positivbeispielen. In anderen Branchen ist die Lage weitaus kritischer. Einen „Tiefststand bei Lehrbetrieben und Lehrlingen“ meldete die Produktionsgewerkschaft PRO-GE im März 2022. Laut neuesten Statistiken gab es in Österreich im Jahr 2021 nur 107.953 Lehrlinge. Im Vergleich dazu waren es 1980 noch über

194.000, denn fast die Hälfte der 15-Jährigen begann damals eine Lehre. Rund 30 Jahre später, im Jahr 2019, waren es nur mehr etwa 39 Prozent.

Gleiches gilt für die Zahl der Lehrbetriebe. Nach einem jährlichen Rückgang von rund 1.000 bis 1.500 Betrieben pendelte sich die Anzahl der Lehrbetriebe seit 2017 auf niedrigem Niveau bei etwa 28.000 Lehrbetrieben ein. Im Vergleich dazu waren es 2007 noch 39.000. „In unseren Branchen sehen wir deutlich, dass es in den letzten Jahren immer weniger ausbildende Betriebe gibt. Für uns

Rückgang der Lehrstellen von 1980 auf 2021

Quelle: Statistik Austria



passt es nicht zusammen, einerseits zu jammern, dass es nicht genug Fachkräfte gibt, aber andererseits diese Fachkräfte nicht selbst ausbilden zu wollen“, sagt Stefan Laufenböck, Bundesjugendsekretär der PRO-GE. Er fordert, das Image der Lehre aufzuwerten. Dafür braucht es ein Modell zur Höherqualifizierung in der Lehre. So hält es Laufenböck für sinnvoll, die Rahmenbedingungen bei bereits bestehenden Qualifizierungen, wie etwa der Meisterprüfung, zu verbessern: „Es kann nicht sein, dass die jungen Erwachsenen für eine so wichtige Qualifizierung Tausende Euro zahlen müssen. Die Matura ist gratis, die Meisterprüfung muss es auch sein.“

„Lasst euch nichts gefallen“

Zurück zu Mechatronikerin Beatrix Dietl: Das Interesse an politischen Themen sei bei ihr schon immer stark vorhanden gewesen, sagt sie. Deshalb sei sie auch für den JVR angesprochen worden. Das gilt ebenfalls für ihren Kollegen Maximilian Felbermayer. Er findet: „Es ist wichtig, dass man die Jungen ernst nimmt. Gerade in den jetzigen Zeiten, wo man nicht weiß, wie es in ein paar Wochen aussieht. Aber die Jungen, scheint es, werden nicht so ernst genommen, wie es eigentlich sein sollte. Dabei müssen sie später alles ausbaden.“

Tatsächlich gibt es in ganz Österreich Probleme und Unzufriedenheit. Darauf verweist auch der aktuelle, von AK, ÖGB und ÖGJ in Auftrag gegebene 4. Lehrlingsmonitor. So muss unter anderem ein Drittel aller Lehrlinge Überstunden verrichten – und dies teilweise unfreiwillig. Nur 73 Prozent aller Lehrlinge bekommen diese Überstunden abgegolten. Das ist nicht der einzige Mangel. So berichten 76 Prozent der rund 6.000 befragten Lehrlinge, dass sie keine regelmäßige Ausbildungsdokumentation bekommen, während 57 Prozent der befragten Lehrlinge überhaupt keinen Ausbildungsplan haben.

Doch den Kopf in den Sand stecken wollen die beiden deshalb noch lange nicht. Im Gegenteil: „Wie schon der kürzlich verstorbene Willi Resetarits gesagt hat: Lasst euch nichts gefallen“, meint Felbermayer. „Wichtig ist doch, dass was getan wird. Dafür braucht es Durchsetzungskraft und intensive Arbeit.“ Es gehöre auch ein Stück Rebellion dazu, findet Beatrix Dietl. Und dafür brauche es viel Vorbereitungszeit in ihrer Funktion: „Ich verbringe rund ein Viertel meiner Arbeitszeit mit Aufgaben aus meiner Funktion als JVR. Ein paar Abende kommen auch noch hinzu.“

Interessen vertreten

Ein wichtiger Plan des Jugendvertrauensrats bei Siemens ist derzeit die Erstellung eines Zufriedenheitsbildes unter den Lehrlingen. „Wir erheben Daten und geben diese an die verantwortlichen Stellen weiter. So wollen wir zeigen, wo es unseren Lehrlingen nicht gut geht und dass in unterschiedlichen Bereichen Handlungsbedarf besteht.“ Für diese Tätigkeiten gibt es viel Unterstützung vom Betriebsrat, berichten beide übereinstimmend. Die sei auch



**„Wichtig ist doch, dass was getan wird. Dafür braucht es Durchsetzungskraft und intensive Arbeit“,
Maximilian Felbermayer.**

nötig, denn im Zuge der Pandemie sei manches in Schieflage geraten. „Bei gewissen Betriebsvereinbarungen für Lehrlinge müssen wir schon sehr darauf achten, dass diese auch eingehalten werden“, umschreibt Beatrix Dietl die Situation.

**„Die Matura ist gratis,
die Meisterprüfung muss es auch sein.“**

**Stefan Laufenböck, Bundesjugendsekretär
PRO-GE**

Engagement endet nicht am Werkstor

Jonas Maureder in Linz teilt viele Beobachtungen seiner Kolleg:innen bei Siemens. „Bei der voestalpine ist das Verhältnis zwischen JVR und dem Ausbildungszentrum sehr gut“, betont er. „Miteinander zu reden und Lösungen für Probleme zu finden ist wichtig.“ Die veränderten Arbeitsbedingungen während der Pandemie zeigen sich auch in Linz. „In den vergangenen zwei Jahren Pandemie ist das soziale Miteinander geringer geworden“, sagt Maureder. „In den Berufsschulen gibt es keine psychologischen Anlaufstellen. In manchen Betrieben gibt es jedoch inzwischen Betriebspsycholog:innen. Das ist ein Thema, das dringend enttabuisiert gehört.“ Darüber hinaus sieht er auch die öffentliche Hand gefordert: „Die öffentliche Hand muss mehr Geld für Jugendzentren und Jugendcafés bereitstellen. Das ist wichtig für die soziale Integration.“ Und es ist wohl auch ein Beispiel dafür, dass das Engagement der Jugendvertrauensrät:innen nicht am Werkstor endet. ▀

Dort sein, wo der Schuh drückt

Richard Tiefenbacher, Bundesvorsitzender der ÖGJ, führt eine der größten Jugendorganisationen Österreichs – er fordert die Jugendlichen auf, für ihre Interessen einzutreten, gegen mangelhafte Strukturen – wie etwa in Lehrberufen – aktiv zu werden und zu verändern.

INTERVIEW ALEXIA WEISS

Arbeit&Wirtschaft: Sie sind seit einigen Monaten Bundesvorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. Wie viele Mitglieder hat die Gewerkschaftsjugend und wie kommt die Gewerkschaft ihrerseits mit Jugendlichen in Kontakt, um bei ihnen Interesse für die Rechte von Arbeitnehmer:innen zu wecken?

Richard Tiefenbacher: Wir sind eigentlich ein bunter Haufen, weil nicht nur die verschiedensten Berufe bei uns vertreten sind, sondern auch die verschiedensten Persönlichkeiten. Wir haben 38.000 Mitglieder unter 19 Jahren und 145.000 unter 30. Wie versuchen wir zu den Jugendlichen durchzukommen? Einerseits auf Social Media mit einem guten Videoauftritt, mit Postings zu aktuellen politischen Geschehnissen. Das Wichtigste als Gewerkschafter:in ist jedoch, das persönliche Gespräch zu führen. Wir gehen in die Berufsschulen, Betriebe und fragen die Schüler:innen und Lehrlinge, wo der Schuh drückt und wo sie Unterstützung brauchen.

Die Corona-Jahre waren vor allem für junge Menschen, die versucht haben, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, eine schwierige Zeit. Manche sind schon bei ihrem Schulab-

schluss gestrauchelt, andere konnten keine Lehrstelle finden. Sie kennen Ihre Mitglieder und deren Sorgen und Nöte: Wie stellt sich hier aktuell die Situation dar?

Corona war wirklich keine schöne Zeit, da vor allem Lehrlinge und Berufsschüler:innen immer vergessen worden sind. Das hat sich etwa bei der Bereitstellung der Selbsttestkits gezeigt, wo nicht an die Berufsschulen gedacht wurde. Wir, die Österreichische



RICHARD TIEFENBACHER

geb. 1998 in Korneuburg, Ausbildung zum Bürokaufmann bei der Stadt Wien, 2018 Bundes- und Wiener Landesjugendreferent bei yunion, ab 2019 ihr Bundes- und Wiener Landesjugendvorsitzender. Ab 2020 ÖGJ Landesjugendvorsitzender Wien und seit Ende 2021 deren Bundesjugendvorsitzender.

Gewerkschaftsjugend, haben gemeinsam mit der Arbeiterkammer alle Berufsschulen mit Laptops und Tablets versorgt, damit die Schüler:innen auch im Homeoffice ihre Ausbildung gut weitermachen können. Die Politik hat sich da nicht gekümmert. Insgesamt gesehen, lässt die technische Ausstattung in den Schulen zu wünschen übrig. Da gehören viele Investitionen getätigt.

Wie schaut es mit Lehrstellen aus? Wenn Jugendliche suchen, hat sich die Situation da inzwischen entspannt oder ist es nach wie vor schwierig? Ich denke da an Branchen wie Gastronomie und Hotellerie, wo es ja auch so lange Schließungen gab und wo jetzt einerseits über den Fachkräftemangel geklagt wird, aber sich andererseits die Frage stellt: Werden da noch genügend Lehrlinge ausgebildet?

Wir reden immer von Fachkräftemangel – und das stimmt auch, den gibt es tatsächlich. Der Lehrstellenmarkt hat sich aber eindeutig erholt, es gibt wieder mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende. Die Problematik ist aber noch immer die Ausbildungsqualität. Und Sie haben es angesprochen: Vor allem die Hotellerie, die Gastronomie, der Tourismus sind nicht zu



Unrecht verschrien. Einen guten Einblick bietet der „Lehrlingsmonitor“. Da haben wir mehr als 6.000 Jugendliche befragt, wie es ihnen eigentlich so in ihrer Ausbildung geht. Und da ist nichts Gutes herausgekommen.

Vor allem in Hotellerie, Gastronomie und Tourismusbranche sind unfreiwillige und unbezahlte Überstunden gang und gäbe, ebenso wie ausbildungsfremde Tätigkeiten. Ich mache zum Beispiel meine Ausbildung an der Rezeption, und dann kommt der Chef und sagt: Du hast jetzt eh nichts zu tun, der Rasen draußen schaut nicht so schön aus, geh jetzt bitte einmal Rasen mähen und Unkraut jäten. Das geht einfach nicht.

Was fordern Sie von der Politik, damit allen Jugendlichen ein guter Start ins Erwerbsleben gelingen kann?

Mehr auf den sozialpartnerschaftlichen Dialog zu setzen, auf uns einzugehen, sich mit uns an den großen runden Tisch zu setzen; nicht alles in verschlossenen Hallen zu besprechen und uns, die Bevölkerung, die arbeitende Gesellschaft, vor vollendete Tatsachen zu stellen. Und konkret: Passen muss das Lehrlingsgehalt. Es wäre super, wenn es

„Ich habe die Schnauze voll, dass die Politik argumentiert, als wäre sie in einem Bondage-Club.“

Richard Tiefenbacher, Bundesjugendvorsitzender ÖGJ

800 Euro Mindestlehrlingseinkommen im ersten Lehrjahr über alle Berufsbranchen gäbe. Hier könnte die Politik den Ton vorgeben. Das passiert aber nicht.

Die Corona-Pandemie hat auch aufgezeigt, wie wichtig der Sozialstaat ist und dass man auch weiter um ihn kämpfen muss. Gleichzeitig sehen wir als Gesellschaft, dass die Klimakrise genauso unterschiedenes Handeln verlangt wie die Bekämpfung der Pandemie. Wird von den heutigen Entscheidungsträger:innen genug getan?

Nein, auf keinen Fall. Es wird zwar viel darüber geredet, aber es sind am Ende des Tages nur leere Worthülsen. Die Pandemie hat auch gezeigt, dass die psychische Gesundheit leidet. Ich finde es wirklich schade, dass die Politik zu wenig unternimmt und keine Kampagne startet. Dabei habe ich etwa den Slogan von Werbeplakaten in Richtung „Es ist in Ordnung, wenn es dir nicht gut geht – hier ist eine Telefonnummer, wo du anrufen kannst“ im Kopf.

Um zu erfahren, wie es um ihre psychische Gesundheit in Zeiten von Covid-19 steht, haben wir gezielt Lehrlinge gefragt.

Und die Ergebnisse, die da herausgekommen sind, sind wirklich erschreckend. 50 Prozent aller Jugendlichen befinden sich in einer Depression, 27 Prozent haben Schlafstörungen und 17 Prozent haben suizidale Gedanken.

Und dann gibt es eine neue Jugendstaatssekretärin, Claudia Plakolm, die die psychische Gesundheit als oberstes Ziel festgeschrieben hat. Sie sagt, ihr sei das total wichtig, der Jugend müsse es gut gehen, deswegen investiere die Regierung jetzt 13 Millionen Euro in den Ausbau der psychosozialen Infrastruktur. Top-Geschichte, denkt man. Aber in Wirklichkeit bringt es den jungen Menschen, die wirklich Hilfe benötigen, nichts, da mit dem Geld nur jeder zehnte Jugendliche erreicht und mit einem Therapieplatz versorgt werden kann. Es wurde also nicht nur zu spät, sondern auch zu wenig Geld investiert. So kann es nicht weitergehen.

Die Standardaussage der Politik ist: Wir haben nicht mehr Handlungsspielraum, denn die Wirtschaft lässt es nicht zu. Aber erinnern wir uns zurück, an den Beginn der Covid-Zeit: Lockdowns, die Wirtschaft ist bewusst heruntergefahren worden. Alles Dinge, über die die Politik immer gesagt hat, sie seien nicht möglich. Oder schauen wir etwa nach Deutschland, dort hat es auch geheißen, es gibt nicht mehr Geld für Sozialleistungen. Dann bricht schrecklicherweise Krieg in der Ukraine aus, und plötzlich kann man 100 Milliarden Euro hernehmen und in die Rüstungsindustrie hineinpulvern. Also die Politik macht genau das, wovon sie immer sagt: Uns sind die Hände gebunden. Um ehrlich zu sein: Ich habe die Schnauze voll, dass die Politik argumentiert, als wäre sie in einem Boudage-Club. Die Politik kann und muss mehr leisten!

Richard Tiefenbacher, ÖGJ-Vorsitzender, plädiert für ein einheitliches Lehrlingsgehalt im ersten Lehrjahr: „Es wäre super, wenn es 800 Euro Mindestlehrlingseinkommen über alle Branchen gäbe.“

Sie haben nun die psychische Gesundheit angesprochen, ein sehr wichtiges Thema, gesamtgesellschaftlich, aber vor allem bei Schüler:innen und Jugendlichen. Sie haben auch die Geldfrage angesprochen, beziehungsweise was die Politik sagt, was der Staat sich leisten kann. Stichwort Klimakrise. Braucht es da nicht auch ein viel stärkeres Investieren und mehr Mut, gesetzliche Regelungen zu ändern? Was braucht es da?

Vor allem braucht es konkrete Handlungen, die nicht auf den Schultern der jungen Menschen ausgetragen werden. Wir warnen ja die Politik. Wir warnen, dass, wenn der Kurs so weitergeführt wird, es um Leben oder Tod gehen wird, vor allem bei der Klimakrise, und dass hier auch endlich ein

Umdenken stattfinden muss. Vor allem die Konzerne müssen stark sanktioniert werden, wenn sie sich nicht an Vorgaben halten und glauben, sich Umweltvergehen leisten zu können. Es braucht ein klar definiertes Klimagesetz, was es ja bis dato auch immer noch nicht gibt.

Wie kann sich hier die Jugend allgemein und die Gewerkschaftsjugend im Besonderen einbringen? Wie kann man noch deutlicher machen, dass es hier ein Eintreten gegen diese Klimakrise braucht?

Indem man hinschaut und Probleme aktiv in Angriff nimmt, das ist das Wichtigste. Da heißt es, auf die Straße gehen, demonstrieren, zum Streiken aufrufen, laut und aktionistisch sein.



Was kann die Gewerkschaftsjugend dazu beitragen, eine Mobilisierung zu erreichen?

Aufklärungsarbeit, das ist das Wichtigste. Als Gewerkschaftsjugend haben wir als oberstes Ziel, in Berufsschulen zu gehen, Betriebsversammlungen und Jugendversammlungen abzuhalten, die jungen Menschen zu uns zu holen und aufzuklären. Das beginnt unter anderem schon bei der Aufklärung über Fake News & Co. Junge Menschen müssen wissen und einschätzen können: Okay, das stimmt und das stimmt nicht. Mit diesem neuen Wissen bleibt einem dann ja gar nichts anderes mehr übrig, als zu sagen, so kann es nicht weitergehen. Und eigentlich braucht es eine Jugendrebellion: viele junge Menschen, die auf die Straße gehen, mit der Faust auf den Tisch hauen und sagen: Bis hierher und nicht weiter!

In den Kollektivvertragsrunden, die jetzt in den verschiedensten Branchen laufen, ist die Inflation ein großes Thema. Was sagt die Jugend dazu? Haben Sie Rückmeldungen, wie es die Jugend, besonders mit niedriger Lehrlingsentschädigung, trifft?

Definitiv. Die Inflation trifft Menschen mit geringem Einkommen am allerhärtesten. Und das ist halt einmal auch die Jugend, für die das Wohnen kaum noch leistbar ist, und die Spritpreise steigen weiter. Die Kollektivvertragsverhandlungen werden jetzt spannend. Da müssen sich die Arbeitgeber auf jeden Fall anschnallen, weil wir natürlich jene Erhöhungen fordern, die ein gutes Leben für Lehrlinge und alle Arbeitnehmer:innen sicherstellen.

Bei welchen Themen ist die Jugend denn derzeit noch gefragt, um ihre eigene Zukunft mitzugestalten? Wir haben schon über das Klima gesprochen. Was fällt Ihnen da noch ein?

Die Ausbildung per se – nicht nur die Lehrausbildung und das Studium, sondern das komplette Schulsystem. Das gehört verändert. Denn derzeit geht es nicht ums Stär-

ken stärken der Schüler:innen. Ein Beispiel: Ganz wichtig ist derzeit, dass man weiß, wie Mathematik funktioniert. Aber wer sagt, dass politische Bildung nicht gleich wichtig ist wie Mathematik? Oder Kunst oder Tanzen? Stärken zu stärken wäre also schon einmal ein guter Startpunkt, um zu sagen, wir wollen etwas verändern.

Und dann heißt es natürlich beim aktuellen Weltgeschehen nicht wegschauen, sondern hinschauen, aktiv dabei sein und verändern wollen. Wir merken, dass dieses politische Hin und Her, dieses Hickhack, den jungen Menschen oft zu viel wird. Die Folge sind Aussagen wie, dass die dort oben alles ein paar Kasperln sind ... das interessiert mich alles nicht ... was habe ich mit der Politik zu tun. Aber der Banker, der die Kredite vergibt, interessiert sich für die Politik oder der private Vermieter, der die Mietpreise festsetzt, der interessiert sich auch für die Politik. Daher ist es so wichtig, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern das politische Geschehen mitzuverfolgen, aktiv dabeizubleiben und etwas gegen Un-

gerechtigkeit zu tun. Und ganz wichtig, das Negative nicht zu sehr an sich heranlassen. Da gibt es ein schönes chinesisches Sprichwort: Ein Schiff kann am Meer sein und es können die stärksten Wellen dagegenschlagen, aber es wird niemals untergehen. Aber wenn nur ein kleines Loch im Rumpf ist, dann säuft das Schiff ab und liegt am Grund des Meeres. Genauso ist es mit den negativen Einflüssen. Wenn man ein gutes Selbstbewusstsein hat und eine gute Mauer um sich gebaut hat, dann kann einen all das Negative auf der Welt nicht herunterziehen. Und daher muss auch die psychische Gesundheit im Vordergrund stehen, denn ohne Gesundheit ist alles andere unmöglich und unwichtig. ▀



Richard Tiefenbacher, ÖGJ-Vorsitzender: „Wir gehen in die Berufsschulen, Betriebe und fragen, wo der Schuh drückt und wo die Jungen Unterstützung brauchen.“

& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Führerkult und Jugendkult

Die NS-Jugendpolitik verkaufte den Führerkult als Angebot der Freiheit vom gesellschaftlichen Zwang. Nur dem Führer verpflichtet, sollte die „deutsche Jugend“ den Erwachsenen zeigen, wo es langgeht. Das wirkte im demokratischen Österreich noch Jahrzehnte nach.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Schon zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft tönte Adolf Hitler: „Denn ihr, meine Jungen, ihr seid die lebenden Garanten Deutschlands, ihr seid das lebende Deutschland der Zukunft“, und sprach damit gezielt keine anonyme „Jugend“ an, sondern jeden und jede Einzelne. Und wer lässt sich nicht gerne sagen, er oder sie zähle zu denen, auf die es ankommt? Die direkte Verpflichtung durch den „Führer“ vermittelte das Feeling einer verschworenen Gemeinschaft, der Zugehörigkeit zu einer progressiven Elite. Das war eine der Leimruten, mit deren Hilfe der Nationalsozialismus junge Menschen in Deutschland und in Österreich für sich einzufangen versuchte und auch tatsächlich in großer Zahl gewann. Die Kommunikationsstrategie des Regimes, die sich die neuesten Erkenntnisse und Möglichkeiten der Soziologie und der Medien zunutze machte, trug das Ihre dazu bei. Hitler wurde als Superstar inszeniert, als Heros, der nicht unbequemes Fragen und Nachdenken verlangte, sondern gläubige Verehrung und der Weg und Ziel vorgab.

Die Jugendlichen selbst hätten jetzt das Sagen, wurde ihnen außerdem vorgegaukelt, sie könnten ihre Angelegenheiten jetzt selbst in die Hand nehmen, ohne Einmischung der Erwachsenen, und auch dieser Köder tat seine Wirkung. Hier nahm das NS-Regime Anleihe bei der bürgerlichen Jugendbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, die sich nach der Parole „Jugend führt Jugend“ ihre eigene Struktur gab. Demgemäß stand die

Hitlerjugend nicht ständig unter Aufsicht von Erwachsenen, die Jugendlichen sollten den „Dienst am Führer“ möglichst eigenverantwortlich organisieren, Unfälle und Verletzungen durch Unüberlegtheit und Waffengebrauch nahm man dabei in Kauf. In Wirklichkeit missbrauchte die HJ die Jugendlichen als Mittel zum Machterhalt des Regimes und als zukünftiges Kanonenfutter.



„Jugend dient dem Führer“. Nur Hitler verpflichtet: NS-Führerkult als Freiheit vom Zwang der Erwachsenenwelt.

Millionen junge Menschen waren der NS-Propaganda ausgesetzt. Das hatte langfristige Konsequenzen.

In Hitler-Deutschland bestand wie in allen faschistischen Regimen kein Unterschied zwischen Partei und Staat. Schon 1936 erhielt die Hitlerjugend per Gesetz die alleinige Kompetenz für die „körperliche, geistige und sittliche Erziehung der Jugend“ außerhalb von Schule und Elternhaus, der Reichsjugendführer hatte den Status einer Obersten Reichsbehörde und war dem „Führer“ unmittelbar unterstellt. Der HJ-Beitritt blieb allerdings formal noch freiwillig, bis 1939 die verpflichtende Teilnahme für die 10- bis 18-Jährigen vorgeschrieben wurde. „Dienstbetrieb“ und Erscheinungsbild aller Untergliederungen waren zentral vorgeschrieben, nicht nur für die 14- bis 18-jährigen Burschen, die die Hitlerjugend im engeren Sinn bildeten. Wer nicht mitmachen wollte, musste mit Jugendarrest oder Bestrafung der Eltern rechnen. Zur Faszination, die die HJ noch immer auf viele Jugendliche ausübte (oft auch auf solche aus regimekritischen Elternhäusern), kam die Angst. Nur ganz wenige wagten es, die HJ-Dienstpflicht zu verweigern, 8,7 Millionen junge Menschen waren so über Jahre der nationalsozialistischen Propaganda ausgesetzt.

Das hatte langfristige Konsequenzen, auch für die demokratischen Staaten, die 1945 wiedererstand. Eine Generation, geprägt von einer Ideologie des Rechts der Stärkeren und des Führerprinzips, wurde in die Demokratie förmlich hineingeworfen, ohne mit ihren Inhalten viel anfangen zu können. Man akzeptierte die Form und war im Übrigen „unpolitisch“ mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beschäftigt. In dieses gesellschaftliche Klima wuchs die nächste Generation hinein. Noch 1970, zu einer Zeit, die uns als Jahre der Demokratie- und Friedensbewegung der „68er“ in Erinnerung ist, ergab eine Umfrage unter Österreichs Lehrlingen, dass 20 Prozent „die unbeschränkte Herrschaft eines Mannes“ im Staat befürworteten. Zwei Drittel erklärten Politik zu einer „schmutzigen Angelegenheit“, und nur zehn Prozent wollten sich dafür einsetzen, „Staat und Gesellschaft besser zu gestalten“. Das waren die Großeltern der Jugendlichen des neuen Jahrtausends. ▀



Die Jugendbewegung der 1960er- und frühen 1970er-Jahre zog mit ihrer Forderung nach Demokratie und Frieden die Aufmerksamkeit auf sich. Aber an der Mehrheit der Jugendlichen ging das vorbei.

Alles eine Frage des Geldes?

Vereinfacht lässt sich sagen: Politisch wird, wer Geld hat. Wer keines hat, hat oftmals das Vertrauen in die Institutionen verloren. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wenig Gewicht die Interessen der Jugend haben. Ein gefährlicher Trend.

TEXT CHRISTIAN DOMKE-SEIDEL

Die gute Nachricht zuerst: Jugendliche werden zunehmend politischer. Unter ihnen steigt die Wahlbeteiligung. Sie stellen sogar die einzige Bevölkerungsgruppe dar, bei der der Anteil an Parteimitgliedschaften nicht zurückgeht. Jugendliche brennen für eine Vielzahl von Themen. Vom Umweltschutz über soziale Ungerechtigkeit bis zur betrieblichen Demokratie. Die schlechte Nachricht ist, dass sie keinerlei Vertrauen mehr haben in die handelnden Akteur:innen. Das schließt Politiker:innen ebenso mit ein wie Wirtschaftsbosse und Meinungsbildner:innen.

Nehmt uns ernst

Wenn Jugendliche über Politik sprechen, dann geht es um verlorenes Vertrauen. Darum, in den vielleicht schwersten Jahren, die sie je erlebt haben, mutterseelenallein dazustehen. 87 Prozent der Jugendlichen fühlen sich von der Politik gar nicht oder wenig vertreten, ermittelte das Sozialforschungsinstitut SORA in der Studie „Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2021“. Verdross trieft aus diesen Zahlen. In Frankreich ließ sich live miterleben, welche Folgen das hat. Vor dem zweiten Wahlgang führte Marine Le Pen, die Rechtspopulistin, die gegen das Establishment geifert, bei Umfragen von Ipsos und YouGov in allen Altersgruppen unterhalb von 60 Jahren gegen Emmanuel Macron.

„Jugendliche fühlen sich von der Erwachsenenwelt nicht ernst genommen. Ihre eigenen Gefühle und Interessen scheinen keine Relevanz zu haben. Warum sollte jemand wählen gehen und sich engagieren, der permanent das Gefühl hat, dass seine eigenen Wünsche keine Rolle spielen?“, fragt Matthias Rohrer vom Institut für Jugendkulturforschung rhetorisch.



Er ergänzt aber: „Die Jugend distanziert sich von der Institutionenpolitik. Sie ist aber nicht politikdistanziert.“ Ein wichtiger Unterschied, der sich mit der Art der Politisierung erklären lässt. Zwei Faktoren sind hier wesentlich. Der erste ist die Corona-Pandemie, die große Krise vor allem der jungen Generationen. Sie trugen einen erheblichen Teil der Last und erhielten kaum Erleichterungen. „Junge Menschen hat die Politik vor allem im ersten Jahr der Pandemie vergessen. Gleichzeitig hat man ihnen viel abverlangt. Dass wir uns um die Alten kümmern müssen, ist vor allem von der Jugend aufgenommen worden. Die Nachbarschaftshilfe hat bei jungen Leuten enorm zugenommen“, klagt Martina Zandonella an. Sie ist Forscherin am SORA-Institut und hat sich auf Demokratie- und Partizipationsforschung, Ungleichheit und politische Psychologie spezialisiert. Quasi das Dreieck der politischen Jugendforschung.

Bildungsweg entscheidend

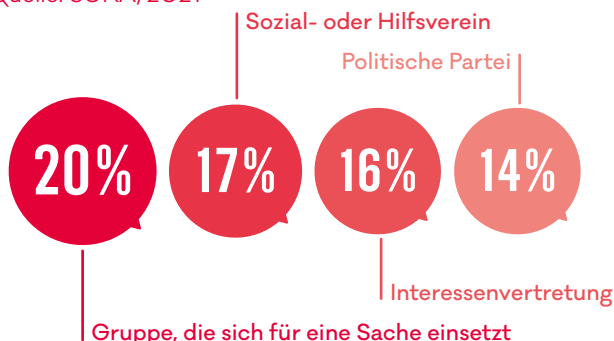
Der zweite zentrale Faktor bei der Politisierung von Jugendlichen ist der ökonomische Hintergrund. Also die Frage, wie viel Geld in der Familie verfügbar ist. Je mehr vorhanden ist, desto politischer ist der Nachwuchs. Theoretisch wäre auch die Bildung ein wichtiger Faktor. Aber alle Expert:innen im Bereich der Jugendforschung betonen unisono, dass der ökonomische Graben alle anderen Unterscheidungsmerkmale unwichtig macht.

„Der Stadt-Land-Unterschied ist gar nicht so bedeutend. Der große Spalt ist der ökonomische. Der überdeckt alles. Prekäre Jugendliche auf dem Land und in der Stadt sind sich ähnlicher als Jugendliche, die ökonomisch oben oder unten stehen“, fasst Zandonella zusammen.

Die Jugendlichen, die sich für die Mittelschule entscheiden, lernen kaum etwas darüber, wie sie sich politisch einbringen können. Anders die Kinder, die das Gymnasium besuchen. Ihnen bringen Lehrer:innen bei, wie das politische System funktioniert und an welchen Rädern sie selbst drehen können. Selbst Nationalratssitzungen würden besucht, erklärt Zandonella.

Engagement junger Menschen in einer Organisation

Quelle: SORA, 2021



Den Bildungseinrichtungen in Österreich würde es nicht gelingen, die unterschiedlichen Startvoraussetzungen auszugleichen. Weil die Entscheidung, wer in die Mittelschule und wer aufs Gymnasium geht, aber sehr früh falle, falle auch die Entscheidung sehr früh, wen die Schule über Politik aufkläre und wen eben nicht. Zandonella: „Politisch sind wir gleich. Das ist, was unsere Demokratie ausmacht. Aber das ist in der Praxis nicht gegeben.“

Persönliche Lebenswelt politisiert

Bei allen Unterschieden zwischen den Jugendlichen sind die Themen, für die sie sich interessieren, erstaunlich ähnlich, weiß Rohrer aus seinen Studien. „Die sorgenvolle Zukunft ist ein großes Thema. Es gibt ein Basisgefühl, dass ganz viel passiert, das negativen Einfluss auf die persönliche Lebenswelt hat. Der Klimawandel, die Schere zwischen Arm und Reich und die Leistbarkeit des Lebens sind da ganz oben auf der Liste.“

Wichtig sei auch ein persönlicher Bezug. Das politische Thema müsse die eigene Lebensrealität betreffen. Das würde beispielsweise die aktuelle Klimaschutzbewegung von der aus den 1970er und 1980er Jahren unterscheiden. Damals ging es um einen globalen Umweltschutz. Um den Regenwald, der gefällt wird, und um exotische Tiere, die aussterben. Heute würde der Klimawandel aber sehr konkret die eigene Zukunft gefährden.

Oft unterscheiden sich allerdings die Gründe, warum die Themen wichtig seien. So sei zwar für beinahe alle Jugendliche der Umweltschutz eine der Top-Prioritäten, aber aus unterschiedlichen Sorgen heraus. Während es Jugendlichen auf dem Gymnasium darum geht, das Klima zu erhalten, gehe es jungen Menschen in der Ausbildung um die langfristige Jobsicherheit.

Alle haben eine Stimme

Entsprechend wichtig sei Jugendlichen aus weniger privilegierten Verhältnissen vor allem die betriebliche Demokratie, erklärt Zandonella. Erstens würden viele Unternehmen das ausgleichen, was die Schulen versäumt haben. Ausbilder:innen seien oft die ersten Lehrer:innen im Schulleben eines Jugendlichen, die vermitteln würden, warum Politik und die eigene Meinung wichtig sind. Hier könnten sie auch sehen, dass Diskussionen, Wahlen und betriebspolitische Entscheidungen einen direkten Einfluss auf das eigene (Berufs-)Leben hätten, führt Zandonella weiter aus. Das würde viele Defizite ausgleichen.

Der Betrieb habe bei der Politisierung der Jugendlichen auch den entscheidenden Vorteil, dass tatsächlich jeder eine Stimme habe. In Wien sei ein Drittel der Jugendlichen allein deswegen nicht stimmberechtigt, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. In Unternehmen, Gewerkschaften und der Arbeiterkammer hat aber tatsächlich jeder eine Stimme.

DREI FAKTEN ZUM THEMA



„Es gibt einen Wandel im Engagement. Strenge Strukturen und Hierarchien passen nicht mehr zur heutigen Jugend“, bestätigt Martina Zandonella, SORA-Institut.

Damit aus allgemeinem Interesse und Zukunftssorgen politisches Engagement wird, braucht es aber einen konkreten Anlass. So erklärt Zandonella: „Wenn jemand Hilfe braucht, sind die jungen Leute da. Auch Ungerechtigkeit ist ein wichtiger Aspekt. Das bringt Jugendliche dazu, sich zu engagieren. Für eine politische Handlung braucht es dann Gleichgesinnte, ein kollektives Element.“

Neue Formen politischen Engagements

Etwa eine Partei? Nein. Rohrer weiß, dass dieses System nicht mehr in die aktuelle Zeit passt. „Es gibt einen Wandel im Engagement. Nicht nur in der Politik, auch auf Vereinsebene. Das alte Engagement, die strengen Strukturen und die Hierarchie passen nicht mehr zur heutigen Jugend. Die Protestformen der vergangenen Jahre haben all das nicht.“

Ein Aspekt, bei dem es einen großen Unterschied zwischen Stadt- und Landjugendlichen gibt. Denn Letztere würden sich sehr wohl verstärkt in traditionellen Vereinen engagieren. Jugendliche in der Stadt tendieren eher dazu, sich selbst zu organisieren. Wem beides nicht gefällt, der tritt in eine NGO ein oder widmet sich freiwilliger Arbeit wie dem Dienst in der Feuerwehr.

So engagiert die Jugendlichen auch sind, sieht Rohrer dennoch ein Problem. Sie würden sich immer weiter vom politischen Prozess und allen gesellschaftlichen Akteuren dahinter abkoppeln. Hier gelte es gegenzusteuern. Einfache Erfolge könnten damit erzielt werden, die jungen Menschen tatsächlich ernst zu nehmen. Dem Gefühl, dass an sie zuletzt gedacht werde, entgegenzusteuern. ►

„Es kann nicht sein, dass 14-jährige Mittelschüler:innen in Interviews sagen, dass sie der Rest der Gesellschaft sind“, zitiert Martina Zandonella aus Studiengesprächen zur SORA-Studie „Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2021“.

Ihre Schlussfolgerung ist einfach: „Ökonomische Ungleichheit ist etwas, das wir bekämpfen müssen, damit politische Teilhabe möglich ist.“ Zandonella betont, dass die Politisierung durch den ökonomischen Status alle anderen Faktoren überdecken würde. Egal, ob es die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind oder die Unterschiede in der Bildung. Der finanzielle Hintergrund ist es, der Jugendliche am stärksten prägt.

1 / Sechs von zehn Jugendlichen, die in einer finanziell schwierigen Situation leben, beklagten während der Corona-Pandemie eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Bei Jugendlichen, die sich keine Sorgen um Geld machen müssen, waren es nur vier von zehn.

2 / Die Schuld suchen die Jugendlichen bei der Politik, von der sie sich im Rahmen der Corona-Pandemie im Stich gelassen gefühlt haben. Entsprechend sinkt das Vertrauen. Gerade einmal 22 Prozent der Jugendlichen vertrauen der aktuellen Bundesregierung. Nur 14 Prozent vertrauen den Parteien. Zu diesem Schluss kommt die Jugendstudie des Österreichischen Instituts für Jugendkulturforschung und des Jugendmarktforschungsinstituts tfactory.

3 / Zahlen, die SORA nur bestätigt. 86 Prozent aller Jugendlichen in Österreich sehen demnach ein Korruptionsproblem in der österreichischen Politik. Und auch in diesem Zusammenhang wird der Unterschied des finanziellen Hintergrunds deutlich. Vier von zehn Jugendlichen ohne finanzielle Sorgen halten die Demokratie in Österreich für stark. Aber nur zwei von zehn mit Geldsorgen.

Johann Bacher, Professor für Soziologie und empirische Sozialforschung
an der Johannes Kepler Universität Linz.

Zusammengefasst von Eva Winterer

Über 100.000 junge Menschen von 20 bis 29 Jahren mit geringer Bildung

Die Österreicher:innen sind im internationalen Vergleich am pessimistischsten, was die Aufstiegschancen junger Menschen betrifft. 64 Prozent der Befragten nehmen laut einer OECD-Studie wahr, dass Kinder aus den einkommenschwächsten zehn Prozent der Haushalte in einem armen Haushalt bleiben, wenn sie erwachsen sind. Was dies für die betroffenen jungen Menschen bedeutet und wie sich diese Wahrnehmung im Alltag widerspiegelt, analysiert Johann Bacher in seinem Beitrag „Über 100.000 junge Menschen von 20 bis 29 Jahren mit geringer Bildung: wirksame Angebote nötig!“. Zuerst zwei Begriffsklärungen: Wenn von „geringer Bildung“ die Rede ist, dann sind damit jene Personen gemeint, die nur einen Pflichtschulabschluss besitzen. Die Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen wurde von Bacher ausgewählt, da sich die Bildungsabschlüsse biografisch nach hinten verschoben haben. Heute besucht ein beträchtlicher Teil der 20- bis 24-Jährigen noch eine Schule und kann einen darüber hinausgehenden Abschluss erwerben. Der Blick auf diese Zahlen alarmiert. Im Durchschnitt haben 12,8 Prozent oder 64.000 junge Menschen der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen nur eine geringe formale Ausbildung. Davon befindet sich ein Viertel im Schulsystem, drei Viertel besuchen jedoch keine Schule mehr. Bei den 25- bis 29-Jährigen gehören noch immer 10,2 Prozent, also 60.000 Personen, der Gruppe mit geringer Bildung an. Das heißt, dass rund 106.000 junge Menschen oder umgerechnet 10.600 pro Jahrgang nur eine geringe formale Berufsausbildung erworben haben. Die Auswirkung von geringer Bildung ist bekannt. Es geht um soziale Ausgrenzung. Mit Blick auf die Zukunft fordert er, geringe Bildung präventiv zu vermeiden. Dafür ist ein Maßnahmenpaket auf struktureller Ebene wichtig: Ausbau und bessere gesellschaftliche Anerkennung der Elementarpädagogik, Einführung ganztägiger Schulformen, sozial indizierte Finanzierung des Schulsystems, Verlängerung der Pflichtschulzeit und damit spätere Bildungsentscheidung, Vermeidung von Abbrüchen in der dualen Lehrausbildung und gezielte Maßnahmen für jene 106.000 jungen Menschen mit geringer Bildung, die keine Schule mehr besuchen – einschließlich der Berufsschule – und bei denen die derzeitigen Maßnahmen der Ausbildungsgarantie nicht greifen.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Hoffnung auf sichere Zukunft

Ein Neubeginn ist immer eine Reise ins Ungewisse – speziell für geflüchtete junge Menschen. Ankommen – meist ohne Berufsausbildung – die nächste Hürde. Doch es gibt Betriebe, die mit Unterstützung von Betriebsrät:innen den Jugendlichen eine Zukunftsperspektive bieten.

TEXT STEFAN MAYER

Wenn man aus einem Land vor Krieg, Gewalt, Repressionen und anderen Bedrohungen flieht, dann ist das aus einer mitteleuropäischen Perspektive schwer vorstellbar, welche Erlebnisse die Menschen in ihren Leben durchmachen mussten. Egal ob in Syrien, Afghanistan oder jetzt in der Ukraine, die Menschen müssen aufgrund von Extremsituationen ihre Länder verlassen und suchen Zuflucht in Europa, um sich dort ein neues Leben, eine neue Existenz aufzubauen. Besonders jugendliche Geflüchtete kennen aus ihrer Heimat von klein auf oft nur kriegsähnliche Zustände und konnten nie in Frieden leben. Nach Österreich zu flüchten bedeutet für sie, eine andere Kultur, eine neue Sprache und neue Lebensgewohnheiten und Strukturen kennenzulernen.

Eine zentrale Frage dabei ist: Was will ich arbeiten und was benötige ich dafür? In den Herkunftsländern ist das System der Berufsausbildung bestehend aus Lehre und Berufsschule meist unbekannt. „Kindheit ist eine sensible Phase, in der die Gefühle von Sicherheit und Vertrauen besonders wichtig und prägend für das weitere Leben sind. Krieg und Flucht zerstören diese Sicherheit“, schreibt der Philosoph Gottfried Schweiger von der Universität Salzburg. Auch zu wissen, dass man eine Arbeit ausüben und somit selbst für sich sorgen kann, gibt ein Gefühl von Sicherheit. Doch wie geht es jungen Geflüchteten auf dem österreichischen Arbeitsmarkt?

Berufliche Zukunft bieten

„Junge Leute gehören unterstützt, ganz egal woher sie kommen. Aber gerade die Lehrlinge mit Fluchthintergrund brauchen eine intensivere Unterstützung, und genau dafür bin ich als Betriebsrat da, damit alles funktioniert“, sagt Norbert Buchegger von Jugend am Werk in Wien beim Besuch von Arbeit&Wirtschaft. Jugend am

Werk bietet Jugendlichen, aber auch Erwachsenen die Möglichkeit, eine Ausbildung zu absolvieren. Neben der Stadt Wien und dem AMS sind es beispielsweise auch der ÖGB und die Arbeiterkammer, die als Förderträger den Verein unterstützen. Viele unterschiedliche Lehrberufe werden von Jugend am Werk in Kooperation mit Unternehmen angeboten. „Wir arbeiten mit Partnerbetrieben zusammen, die die Lehrlinge im praktischen Bereich ausbilden. In der Regel sind es vier bis acht Wochen im Jahr, in denen die Lehrlinge dort ihr Praktikum machen“, sagt Buchegger. Nach dem Praktikum kommen die Lehrlinge wieder zurück, um die theoretische beziehungsweise fachpraktische Ausbildung zu vertiefen. Bei ZOBA (Lehrbetrieb Zukunftsorientierte Ausbildung) können Ausbildungen zum Restaurantfachmann bzw. zur Restaurantfachfrau, als Koch oder Köchin, in der Bäckerei oder Konditorei gemacht werden. Eine dieser Möglichkeiten wurde im Frühjahr 2021 vom 17-jährigen Ibraheim Shekh Youssif ergriffen. Ibraheim war 2015 mit seiner Familie aus Syrien nach Österreich geflüchtet. „Ich kann mich an die Flucht damals nicht mehr so genau erinnern. Ich war erst zehn Jahre alt. Nach der Ankunft in Österreich haben meine Familie und ich zuerst in der Steiermark gelebt, ehe wir nach Wien gezogen sind. Eine Schwester von mir lebt noch in Syrien, ist dort verheiratet und hat zwei Kinder“, sagt Ibraheim. Er ist das mittlere von insgesamt fünf Kindern. „Meine Tante, ihr Mann und ihre Kinder waren schon in Österreich, als wir hier ankamen, deshalb haben wir uns für Österreich als Zielland entschieden.“

Von Deutsch bis Mathematik

Als geflüchtete Person in Österreich eine Arbeit zu finden war schon immer schwierig, und schon in der Nachkriegszeit des



Zweiten Weltkriegs versuchte man, sich so gut wie möglich vor Geflüchteten am Arbeitsmarkt abzuschotten. „In der Genfer Flüchtlingskonvention gibt es Artikel zum Arbeitsmarktzugang, und Österreich hat schon vor 70 Jahren, also zur Entstehung der Konvention, einen Vorbehalt abgegeben“, sagt Johannes Peyrl von der AK Wien. Er ist dort Experte für österreichisches und europäisches Migrationsrecht. Doch bei allen Hürden, die man zu nehmen hat, gibt es Möglichkeiten, als Asylwerber:in einen Arbeitsplatz in Österreich anzunehmen oder – wie es bei Ibrahim der Fall ist – eine Lehre zu beginnen. Unterstützung fand er bei Jugend am Werk. „Seit April 2021 mache ich eine Lehre als Koch. Ich habe mich damals beim AMS gemeldet, und die haben mich zu Jugend am Werk vermittelt. Wir hatten in Syrien ein

Restaurant, und für mich war gleich klar, dass ich eine Kochlehre machen möchte.“ Als geflüchteter Mensch hat man allerdings Bedürfnisse, wenn man neu in ein Land kommt. An vorderster Stelle steht das Erlernen der Sprache des Landes, in das man geflohen ist. „Wir unterstützen die Jugendlichen mit Fluchthintergrund auf unterschiedlichen Ebenen. Das beginnt natürlich bei der Sprache und geht bis zu einer qualitativen Ausbildung. Dafür ist natürlich auch eine sozialpädagogische Betreuung notwendig“, sagt Buchegger. Die Unterstützung bei Jugend am Werk reicht vom Erwerb sprachlicher Kompetenz über Mathematik bis zum fachlichen Bereich des zu erlernenden Berufs. „Ich muss sagen: Hut ab vor den jungen Personen, wie die das hinbekommen, das ist ganz toll“, so Buchegger.

„Bartenstein-Erlass“ durch VfGH aufgehoben

Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) bietet ebenfalls Unterstützung an. „Eine der größten Chancen für eine erfolgreiche Integration ist die Eingliederung von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt. Dies ermöglicht den Menschen Teilhabe an der Gesellschaft und ist für den Spracherwerb förderlich“, sagt ÖGB-Bundesjugendsekretär Philipp Ovszenik. Der ÖGB hat konkrete Forderungen an die Politik. Alle geeigneten Asylwerber:innen in Österreich bis zu einem Alter von 25 Jahren sollen die Möglichkeit haben, eine Lehrausbildung zu machen, bereits in einer Lehre befindliche Asylwerber:innen sollen auch bei rechtskräftiger Ablehnung ihres Asylansuchens die Lehre abschließen können und anschließend noch zwei Jahre als Facharbeiter:in in Beschäftigung bleiben dürfen. Weiters soll es während der Lehrausbildung eine intensive Prüfung geben, ob, je nach Integrationsstand, ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt werden kann, und außerdem fordert man eine Verkürzung der Dauer von Asylverfahren. „Wie unzählige Studien belegen, ist Arbeit der beste Weg zur Integration“, so Ovszenik.

Seit einem Erlass 2004 wurde Menschen, die in einem Asylverfahren waren, der Weg auf den Arbeitsmarkt de facto verunmöglicht. Erst vergangenen Sommer wurde dieser „Bartenstein-Erlass“, benannt nach dem ehemaligen ÖVP-Arbeitsminister Martin Bartenstein, durch den VfGH aufgehoben. Der Erlass reduzierte beispielsweise die Möglichkeiten auf eine Lehrausbildung. Nur in sogenannten Mangelberufen war es möglich, als Asylwerber:in eine Ausbildung zu machen. „Es gibt zwar jetzt keine formale Einschränkung mehr auf Mangelberufe, wie es unter dem Bartenstein-

Erlass war. Es gibt aber eine sehr missglückte Regelung. Wenn ein Asylverfahren negativ ausfällt, aber die Lehre noch aufrecht ist und die Lehrabschlussprüfung erst später stattfindet, dann ist es so, dass es eine befristete Möglichkeit gibt, die Lehre fertig zu machen, jedoch hält sich die Person dann rechtswidrig in Österreich auf“, sagt Migrationsrechtsexperte Peyrl. Allerdings muss die Person zwei Wochen nach Abschluss der Lehre Österreich verlassen. Und es gibt noch ein anderes Problem. Für Lehrlinge, die nach der Aufhebung des Bartenstein-Erlasses 2021 eine Lehre begonnen haben, gilt nicht mal diese Regelung. Also eine Beendigung der Lehre ist für diese Gruppe nicht möglich. Sie müssen also gleich das Land verlassen, wenn sie einen negativen Asylbescheid erhalten. „Die aktuelle Regierung müsste nur diese Stichtagsregelung ändern, aber der politische Wille ist dazu wohl nicht da“, sagt Peyrl. Dafür würde eine einfache Mehrheit im Parlament reichen.

Mehr Beteiligung für junge Menschen

Was man noch braucht, um als Geflüchtete:r in Österreich zu arbeiten, ist eine Beschäftigungsbewilligung des AMS. Diese gilt allerdings nur für das Unternehmen, in dem man Arbeit gefunden hat, und erlischt, sobald man aus diesem Betrieb ausscheidet. Ein Missstand, der zuungunsten der Arbeitnehmer:innen geht. „Sollte ich arbeitslos werden und noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, dann kann das wirklich problematisch sein. Hier werden die Arbeitnehmer:innenrechte stark eingeschränkt“, sagt Peyrl. Von diesem Problem ist der Koch-Lehrling Ibraheim nicht betroffen. „Ich mache eine verlängerte Lehre, die insgesamt vier Jahre dauert. Drei Jahre sind jetzt noch zu absolvieren. Ich überlege, bereits nach der Lehre ein eigenes Restaurant aufzumachen, in dem dann auch meine Familie mitarbeiten kann.“ Eine Koch-Lehre dauert in der Regel

„Junge Leute gehören unterstützt, egal woher sie kommen“, ist Norbert Buchegger, Betriebsrat bei Jugend am Werk, überzeugt.



drei Jahre, bei Jugend am Werk besteht allerdings die Möglichkeit, die Lehrzeit auf vier Jahre auszudehnen. Besonders wenn nebenbei noch eine neue Sprache erlernt werden muss, ist diese Verlängerung wichtig. „Ibraheim hat jetzt schon einen tollen Sprachschatz. Wenn wir aus Österreich nach Syrien flüchten müssten, dann würden wir uns wohl viel schwerer tun, die Sprache dort zu erlernen“, sagt Buchegger in Richtung des jungen Lehrlings. Ibraheim ist bei Jugend am Werk gut aufgehoben, jedoch ist in den vergangenen sieben Jahren einiges passiert in Österreich. Nach den Fluchtbewegungen 2015 waren 100 Millionen Euro explizit für Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete am Arbeitsmarkt vorgesehen gewesen. Für Höherqualifizierungen, Job-Coachings, Lehrausbildungen und noch mehr. Das sollte zumindest als einjähriger Schutz dienen, damit diese Menschen nicht in Billigjobs gedrängt werden. „Das hat Türkis-Blau jedoch gekappt. Eine Wiederdotierung dieses Budgets wäre meines Erachtens ganz entscheidend. Weiters sollte es ein seriöses Aufenthaltsrecht für Menschen geben, die eine Lehre absolviert haben. Leute auszubilden und danach abzuschieben ist arbeitsmarktpolitisch sinnentleert“, so Peyrl. In dasselbe Horn stößt die Gewerkschaftsjugend, die auf dem 37. Bundesjugendkongress einen Antrag präsentierte, wie junge Menschen in diesem Land besser beteiligt werden sollen. Einer der Vorschläge betrifft im Inland geborene Kinder. Diese sollen unabhängig von der Staatsbürgerschaft der Eltern mit ihrer Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten. Weiters sollen auch jene Kinder ohne weitere Aufwände die Staatsbürgerschaft nach fünf Jahren erhalten können, wenn sich zumindest ein Elternteil rechtmäßig im Inland aufhält.

Jugend am Werk ermöglicht Jugendlichen, eine Ausbildung zu absolvieren, wie etwa Ibraheim. Ibraheim, 17, ist 2015 mit seiner Familie aus Syrien nach Österreich geflüchtet.



„Teilhabe am Arbeitsmarkt ist die große Chance für eine erfolgreiche Integration. Daher sollten alle geeigneten Asylwerber:innen bis 25 Jahre eine Lehrausbildung machen können“, so Philipp Ovszenik, ÖGB-Bundesjugendsekretär.

Ibraheim hat also noch drei Lehrjahre vor sich, ehe er den Abschluss machen kann. Bis dahin wird noch viel Theoretisches und Praktisches zu lernen sein. Sollte er danach wirklich ein Restaurant eröffnen, dann wäre er nicht der Erste, der das nach einer Lehre über Jugend am Werk getan hat, wie Betriebsrat Buchegger betont. „So etwas ist natürlich besonders super, wenn nach einigen Jahren ein ehemaliger Lehrling vorbeischaut und zu uns sagt, dass er oder sie jetzt ein eigenes Restaurant hat, und uns einlädt, mal vorbeizukommen.“

Heute absolviert Ibraheim bei ZOBA eine verlängerte Lehre zum Koch. In drei Jahren ist er fertig. Schon jetzt träumt er von seinem eigenen Restaurant – wie es seine Familie in Syrien hatte.



Politisch ist Europa weit weg

Europa hat enormen Einfluss auf die Politik in Österreich und auf die Zukunft des Landes. In quasi allen Lebensbereichen. Doch Jugendliche engagieren sich auf dieser Ebene kaum. Das könnte sich ändern. Ein Vorbild ist dabei Österreich.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Es gibt sie, die Themen, die alle Jugendlichen interessieren. Die Schere zwischen Arm und Reich etwa. Oder der Klimaschutz. Ganz wichtig ist ihnen auch, Menschen zu helfen. Themen also, in denen Regierungen zwar durchaus aktiv sind, in denen aber die EU den grundlegenden Kurs vorgibt. Wie beim Green Deal. Das Gesetzespaket gibt vor, wie Europa bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden kann und dabei seine gesamte Wirtschaft nachhaltiger und sozial gerechter aufstellt.

Ein erster Schritt nach Europa ist die Bundesjugendvertretung (BJV). Dabei handelt es sich um die gesetzlich verankerte Interessenvertretung für alle Menschen in Österreich unter 30 Jahren. Die BJV selbst ist Teil des Europäischen Jugendforums (YFJ) und damit angedockt am europäischen Entscheidungsprozess. Theoretisch. In der Praxis wird es den Jugendlichen nämlich nicht so leicht gemacht.

So erklärt Tamara Ehs, Demokratiewissenschaftlerin und Mitglied im Beirat des Europäischen Forums Alpbach und des Bürgerforums Europa: „Die Bundesjugendvertretung hat einen sozialpartnerschaftlichen Status, der gesetzlich verankert ist. Sie muss also in Angelegenheiten, die die Inte-



ressen der Jugend berühren können, gehört werden. Was aber fehlt, ist eine umfassende Anerkennung, also die Selbstverständlichkeit seitens der institutionellen Politik, die Jugend immer miteinzubeziehen. Die Bundesjugendvertretung muss sich in den Diskurs reinreklamieren.“

Die Entkoppelung der Jugend vom politischen Diskurs basiert vor allem auf dem Gefühl, von den Akteur:innen vergessen zu werden. Und das ist keine Einbildung. „Wenn man ökonomisch rechnet und eine Stimmenmaximierung möchte, orientiert man sich an Themen für ein finanzstarkes, wahlberechtigtes Publikum, das beständig wählen geht. Das ist aber nicht die Jugend. Wahlen werden mit Menschen über 50 gewonnen“, rechnet Ehs ernüchternd vor.

Die Jugend hat zwei Möglichkeiten, sich Aufmerksamkeit zu verschaffen. Durch Tabubruch oder Bürokratie. „Immer dann, wenn es um einen Rechtsbruch wie beim Schulstreik geht, bekommt der Protest mehr Aufmerksamkeit als der langwierige Gang durch die Institutionen. Mit Blick auf die politische Partizipation hat für mich beides einen Wert“, ordnet Ehs diese Situation ein.

Das Jahr 2022 ist das Europäische Jahr der Jugend. Der EU-Jugenddialog hat deswegen elf Jugendziele definiert. Immerhin 50.000 junge Menschen haben daran mitgewirkt. „Dabei geht es nicht nur um die Klimakrise, sondern auch um Gleichberechtigung, eine inklusive Gesellschaft oder psychische Gesundheit“, führt Ehs aus.

Die Möglichkeiten der europäischen und internationalen Partizipation sind gegeben. „Wahlen sind bei Jugendlichen wie auch bei Erwachsenen die häufigste Form der Beteiligung. Circa 30 Prozent sind außerdem in Vereinen aktiv, 14 Prozent in Jugendorganisationen von Parteien, laut SORA-Jugenderhebung. Dazu kommen viele Ehrenamtliche in Blaulicht-Organisationen wie der Feuerwehr.“

Alexandra Kainz ist Jugendarbeiterin in einem niederösterreichischen Jugendzentrum und Gründerin des Vereins „Mach mit“,



**„Unsere Projekte gelingen dann sehr gut, wenn wir politische Projekte machen, die einen praktischen Nutzen aufzeigen“,
so Alexandra Kainz vom Verein „Mach mit“.**

der Jugendliche zu mehr politischer Teilhabe motivieren soll. Was den europäischen Rahmen der Politik betrifft, ist sie eher pessimistisch, dass noch viel Engagement von der Jugend zu erwarten sei. „Über Europa machen sich die wenigsten Gedanken. Die meisten nehmen es als gegeben hin.“

Jugendliche würden sich dann mit Politik befassen, wenn Politiker:innen sich ernsthaft mit den Interessen der Jugend beschäftigen. Manchmal fehle es aber an der Motivation, sich mit den Themen auseinanderzusetzen. Aus ihrer eigenen Erfahrung kenne Kainz Beispiele, in denen Kommunalregierungen Jugendparlamente ablehnen würden, weil die Ergebnisse dieser Einrichtungen bearbeitet werden müssten. Eine Mehrarbeit, die schlichtweg niemand tun wolle. „Partizipationsprojekte, sofern sie ehrlich gemeint sind und nicht nur schön klingen sollen, sind enorm wichtig. Dafür braucht es aber Engagement von den Politiker:innen. Ohne sie geht es nicht.“

Die Jugendlichen müssten merken, dass die Politiker:innen greif- und nahbar sind. Das seien sie aber oft nicht einmal für Erwachsene. Politische Bildung würde ebenfalls helfen. Für ihre Arbeit geht Kainz an Schulen und bringt den Kindern grund-

legende Dinge bei. Wer Präsident und Kanzler ist. Oder wofür die Parteien stehen. Wissen, das bei Jugendlichen oft nicht vorhanden ist. Es gehe bei „Mach mit“ um einen praxisorientierten Ansatz.

Wichtig sei, den jungen Menschen klarzumachen, dass politische Prozesse ihr eigenes Leben direkt betreffen. „Unsere Projekte gelingen dann sehr gut, wenn wir politische Projekte machen, die einen praktischen Nutzen aufzeigen. Dann kommt am Ende das Feedback: ‚Das hat ja wirklich funktioniert‘“, berichtet Kainz von ihrer Arbeit.

In Europa gibt es Ideen, die politische Partizipation der Jugend zu erhöhen. Österreich ist in diesem Bereich ein Vorbild. Denn wie bei uns soll auch in Europa das generelle Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden. Es ist eine der Empfehlungen, die Ehs in ihrer Funktion als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bürgerforums Europa abgegeben hat. Das passive Wahlalter solle zumindest vereinheitlicht werden. Wer sich in Österreich wählen lassen will, muss 18 Jahre alt sein. In Griechenland aber 25 Jahre. Wer aber mehr jugendliche Partizipation wolle, der müsse auch entsprechende Vorbilder präsentieren können. Noch mangelt es daran in Europa. ▀

Raus aus den Krisen



FIONA HERZOG
VORSITZENDE DER
BUNDESJUGENDVERTRETUNG

Eines sollte allen klar sein: Die Jugend ist keine homogene Masse. Es gibt nicht DIE Jugend. Erfahrungen, Wünsche und Ängste unterscheiden sich in vielfältiger Hinsicht. Doch was alle jungen Menschen gemeinsam haben, ist das Aufwachsen in einer Zeit der Krisen. Nicht eine Krise, sondern multiple Krisen, die die Ordnung unserer Gesellschaft bedrohen. Von einer Wirtschaftskrise in die nächste, einer existenzbedrohenden Klimakrise, seit Jahren andauernden und neuen Kriegen und einer Pandemie, die unser aller Lebenswelt verändert hat, sind wir es gewohnt, in keinen Normalmodus zu kommen. Trotzdem wird von uns erwartet, weiterhin in einem System zu funktionieren, das auf der Basis relativ stabiler gesellschaftlicher Verhältnisse erbaut wurde. Relativ, weil es diese Verhältnisse waren, die diese Krisen erst ausgelöst haben.

Wir werden in ein Korsett gezwängt, das schon längst nicht mehr passt. Das führt zu großen psychischen Belastungen. Denn für uns gilt das Versprechen nicht, dass wir es einmal besser haben werden als unsere Eltern. Für uns gilt eigentlich überhaupt nichts mehr. Weder garantiert ein guter Abschluss einen gut bezahlten und sicheren Job, noch können wir uns durch harte Arbeit irgendwann ein Eigenheim leisten. Generationengerechtigkeit muss neu verhandelt werden. Uns bleibt gar nichts anderes übrig, als für Veränderungen zu kämpfen, die uns aus diesem Schlamassel in bessere Zeiten führen.

Was auf den ersten Blick wie ein Bedrohungsszenario wirkt, birgt aber auch viele Chancen. Große Krisen bedeuten immer eine Neujustierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Das Korsett, das so eng geworden zu sein scheint, dass es uns fast die Knochen bricht, muss abgelegt werden. Wie der neue Normalzustand aussehen wird, ist abhängig davon, wie wir den Prozess dorthin ausgestalten. Je mehr Menschen eingebunden sind, desto inklusiver und widerstandsfähiger wird unsere Gesellschaft künftig sein.

Junge Menschen beweisen, dass sie die Fähigkeit und die Kraft haben, Krisen zu lösen. Jetzt wird es endlich Zeit, Jugendliche nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden zu lassen. Denn wir sind es, die sich in zivilgesellschaftlichen Protesten lautstark gegen die Klimakrise, gegen Krieg und für ein menschenwürdiges Leben für alle einsetzen. Wir wissen: Eine andere Welt ist nötig und eine andere Welt ist möglich. Wir befinden uns mitten im Umbruch. ►

Aktuelle Bücher aus dem ÖGB-Verlag**Buch | e-book**

Arbeitsruhegesetz

Doris Lutz, Christian Dunst, Gerda HeileggerGesetze und Kommentare | 2022 | 496 Seiten | EUR 69,00
ISBN 978-3-99046-411-3

Das Arbeitsruhegesetz regelt Wochenendruhe, Ersatzruhe und Feiertagsruhe sowie die Ausnahmen davon. Dazu gehören Märkte, Messen, Verkehrsbetriebe, Heil- und Pflegeanstalten und Kuranstalten, Apotheken sowie Betriebe des Bewachungsgewerbes. Die öffentliche Diskussion entzündet sich immer wieder an den Fragen, wie weit eine zeitliche Ausdehnung der Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen etwa im Gefolge der Ausweitung von Öffnungszeiten in Verkaufsstellen gerechtfertigt ist, und wo die Grenzen der Arbeitsverpflichtung liegen sollen, damit Gesundheit und Sicherheit von Beschäftigten und der gesellschaftliche Zusammenhalt durch übermäßige Inanspruchnahme nicht gefährdet werden. Dabei geht es um nichts weniger als einen fairen Interessenausgleich mit gesellschaftspolitischem Augenmaß. Das Arbeitsruhegesetz spiegelt den jeweiligen Stand der entsprechenden politischen Diskussion wider.

**Buch | e-book**

Digitale Wohlfahrtsgesellschaft

Der Weg in eine digitalisierte Zukunft

Marcus Schober, Elisabeth Kaiser (Hg.)Wiener Perspektiven | 2022 | 192 Seiten | EUR 24,00
ISBN 978-3-99046-621-6

Wie schafft es Wien, künftig zu einer Digitalisierungshauptstadt zu werden, und was kann man unter „digitalem Humanismus“ verstehen? Eine moderne Gesellschaft ist ohne digitales Angebot nicht denkbar, aber wie lässt sich Digitalisierung aktiv zur Steigerung der Lebensqualität aller Menschen gestalten, und wo liegen Risiken? Expertinnen und Experten thematisieren Stärken sowie Gefahren des digitalen Portals auf dem Weg in die Zukunft.



Österreichische
Gewerkschaftsjugend

DEIN SOMMER

DEINE GEWERKSCHAFT

DANK
URLAUBSGELD
NOCH
HEISSER!

Jetzt Mitglied
werden und ein
iPad Pro oder
eine von 18
JBL-Flip 5
gewinnen!



Gewinnspielteilnahme
für bestehende Mitglieder



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW